

PROLETARIER ALLER LÄNDER, VEREINIGT EUCH !

Rote Fahne

TRIBÜNE DER ÖSTERREICHISCHEN MARXISTEN-LENINISTEN

Nr. 49

Jänner 1966

Einzelpreis S 3,-

500 MILLIONEN SCHILLING

WERDEN DIE KOALITIONSPARTEIEN FÜR DIE KAMPAGNE ZU DEN BEVORSTEHENDEN NATIONALRATSWAHLEN AUFWENDEN, BERICHTET DIE IN FINANZFRAGEN BESTENS INFORMIERTE "PRESSE" VOM 29.12.1965. WIE DIE ZEITUNG WEITER MITTEILT, GEBEN DIESE PARTEIEN DIE TATSÄCHLICHE HÖHE IHRER WAHLAUSGABEN NATÜRLICH NICHT OFFEN ZU, SONDERN GESTEHEN BEIDERSEITS LEDIGLICH "ETWA HUNDERT MILLIONEN" EIN. DIE MITTEILUNG SCHLIESST MIT DER BEMERKUNG, DASS ANGESICHTS DIESER SUMMEN DIE "WENIGEN MILLIONEN", DIE OLAHS DFP IN DIE WAHLSCHLACHT WERFEN KANN, "KAUM INS GEWICHT FALLEN" WERDEN.

WIR MARXISTEN-LENINISTEN WERDEN FÜR DEN WAHLKAMPF WEDER DIE 250 TATSÄCHLICHEN, NOCH DIE 100 ZUGEgebenEN MILLIONEN DER ÖVP UND DER SPÖ ZUR VERFÜGUNG HABEN. AUCH DIE "KAUM INS GEWICHT FALLENDEN" PAAR MILLIONEN, DIE DER VERGLEICHsweise SO "ARME" HERR OLAH FÜR DIE WAHLEN AUF DER KANTE HAT, FEHLEN UNS, JA ES IST UNS SOGAR VÖLLIG UNMÖGLICH, AUCH NUR EINIGE HUNDERTTAUSEND SCHILLING AUFZUBRINGEN.

UND DENNOCH WERDEN WIR KANDIDIEREN!

Seite

Aus dem Inhalt:

- 2 KOALITIONSPOLITIK - AM BEISPIEL DES ÖSTERREICHISCHEN ERDÖLS
- 9 MC NAMARA ÜBER DIE MILITÄRISCHE KRAFT DES SOZIALISTISCHEN CHINA
- 10 EINE KLARSTELLUNG
- 12 ZU DEN FRANZÖSISCHEN PRÄSIDENTENWAHLEN
- 22 UNSERE VIETNAM-KAMPFWOCHE
- 23 ZUM 5. JAHRESTAG DER GRÜNDUNG DER NATIONALEN BEFREIUNGSPRONT SÜDVIENTNAMS
- 24 AUS DER REDE TSCHOU EN LAIS VOM 20. DEZEMBER 1965
- 26 BERTRAND RUSSELL ÜBER DEN KAMPF FÜR DEN FRIEDEN
- 28 LESERBRIEFE
- 31 EINE ANTIALBANISCHE PROVOKATION IN BULGARIEN

WIR BRAUCHEN DAZU EINIGE ZEHNTAUSEND SCHILLING, DIE WIR ALLERDINGS AUCH NUR DANN HABEN WERDEN, WENN UNSERE LESER UND FREUNDE SIE UNS GEBEN!

WIR RUFEN SOMIT DIESE UNSERE LESER UND FREUNDE, ALLE ANHÄNGER EINER KÄMPFERISCHEN PROLETARISCHEN POLITIK, ALLE WAHREN KOMMUNISTEN UND INTERNATIONALISTEN ZUR SAMMLUNG FÜR DEN

WAHLFONDS

ARBEITERLISTE der Marxisten-Leninisten Österreichs M.L.Ö.

AUF. AUSSER DEN BEILIEGENDEN ERLAGSCHEINEN GIBT ES BESONDERE WAHLFONDS-SPENDENBLOCKS, DIE BEI DEN AKTIVISTEN DER "ROTEN FAHNE" ERHÄLTICH SIND.

DARÜBER HINAUS ERSUCHEN WIR JENE UNSERE FREUNDE, DENEN EINE PERSÖNLICHE AKTIVE TEILNAHME AN DER PRAKTISCHEN WAHLARBEIT MÖGLICH IST, UNS DAVON ZU VERSTÄNDIGEN, DAMIT WIR SIE ZU EINER ARBEITSBESPRECHUNG EINLADEN KÖNNEN.

DIE REDAKTION

Koalitionspolitik

am Beispiel des österreichischen Erdöls

Ungefähr ein Jahr ist es her, seit die Erdölarbeiter für den Zusammenschluß der ÖMV mit den Verteilerfirmen ÖROP und MARTHA demonstriert haben. Ihre Forderung ging bis auf das Jahr 1955 zurück, als die vormals sowjetisch verwalteten Erdölbetriebe in den Besitz der Republik Österreich übergingen. Neun Jahre lang war die Regierung nicht bereit, entsprechende Beschlüsse zu fassen. Im vergangenen Jahr kam es dann zu einer sogenannten "Lösung" des Problems:

Die ÖMV zahlte runde 200 Millionen Schilling an den Finanzminister und erhielt 74 Prozent der Örop-Aktien, während 26 Prozent dieser Aktien als "stimmrechtlose, auf Namen lautende Vorzugsaktien" zum freien Verkauf an Private bestimmt wurden. Für die Form des Zusammenschlusses ÖMV-MARTHA-ÖROP sollte noch ein besonderer Vertrag ausgearbeitet werden.

"Ein großer Erfolg der Mitbestimmung!" jubelten damals die revisionistischen Führer der KPÖ und stimmten damit in das Erfolgsgeschrei der SP- und Gewerkschaftsführung mit ein. Worin allerdings der Erfolg bestanden haben sollte, wurde umso unklarer, je genauer man sich die Sache ansah.

Was die offiziellen Bedingungen für den Zusammenschluß betraf, hatte doch die ÖVP einen eindeutigen Erfolg zu verzeichnen, denn der Finanzminister, also der kapitalistische Staatsapparat, erhielt 200 Millionen dafür, daß er einen in Staatsbesitz befindlichen Betrieb an einen anderen (teilweise) verkaufte, der ebenfalls in Staatsbesitz ist; darüber hinaus wurden bekanntlich mehr als ein Viertel der Örop-Aktien reprivatisiert, also entstaatlicht, von den geheimen Verträgen mit den internationalen Erdölmonopolen gar nicht zu reden, die in der Erdölpolitik seit Abschluß des Staatsvertrags existieren und seither - auch im Zusammenhang mit der "Lösung" der Frage ÖMV-Örop-Martha - systematisch erweitert werden.

Die österreichische Bevölkerung verfolgte mit einigem Unverständnis, warum ein jahrelanges Tauziehen veranstaltet wurde, um eine so einfache Frage zu lösen. Der einfachste Hausverstand sagte einem doch, daß die verstaatlichte ÖMV den besten Geschäftserfolg haben werde, wenn sie sich auf einen eigenen Verteilerapparat stützen kann. Ein solcher Verteilerapparat war nicht nur vorhanden, sondern sogar seit vielen Jahren in Händen des Staates. Was war also selbstverständlicher, als daß man ihn der ÖMV zur Verfügung stellte, die beiden zusammengehörenden Teile der österreichischen Erdölwirtschaft eben zusammenschloß und verband - zum Nutzen Österreichs.

Doch der "Normalösterreicher" mit seiner einfachen und gerade Lo-

***** * WIR BITTEN UM ENTSCHULDIGUNG * *****

Runde drei Millionen Seiten hat unsere kleine Offsetmaschine für uns gedruckt, seit wir sie mit vielen Mühen angeschafft haben. Vor der ihr jetzt bevorstehenden großen Belastungsprobe anläßlich der Nationalratswahlen hat sie sich eine Generalreparatur ehrlich verdient. Wir bitten unsere Leser, die dadurch verschuldeten Unregelmäßigkeiten im Erscheinen der "Roten Fahne" in den Monaten Dezember 1965 und Jänner 1966 entschuldigen zu wollen.

Wir werden das Versäumte in den kommenden Monaten nachholen. Außer einer Anzahl von Sondernummern haben wir für das heurige Jahr einen Gesamtumfang der "Roten Fahne" von zumindest 500 Seiten und eine Reihe von technischen Verbesserungen auf dem Programm.

Die Redaktion

gik ahnt nicht, wie schiefe und winkelig die Logik jener Leute ist, die im österreichischen Staat den Ausschlag geben, er ahnte und ahnt nicht, welches verfilzte Knäuel von kapitalistischen Interessen und Gegeninteressen hier mitspielt, welche eine heiß umkämpfte Beute persönlicher und privater Profitinteressen die sogenannte "Gemeinwirtschaft" eines kapitalistischen Landes wie Österreich ist. Die Koalitionsparteien, die Parteien der Nutznießer dessen, was dem ganzen österreichischen Volk gehören sollte, hatten begreiflicherweise kein Interesse, die Öffentlichkeit aufzuklären und so blieben die wahren Hintergründe der Auseinandersetzungen um den Zusammenschluß von Örop und Martha mit der ÖMV im Dunkel.

Erinnern wir an eines der wichtigsten Beispiele: Seit dem Abschluß des Staatsvertrags existiert das sogenannte "Wiener Memorandum", ein Vertrag, der das Verhältnis der österreichischen Erdölwirtschaft zu den internationalen Erdölmonopolen regelt. Die entscheidenden Bestimmungen dieses Vertrags sind bis heute ein vorsorglich gehütetes Geheimnis - was einfältigen Leuten (früher seitens der Koalitionspolitiker, jetzt auch seitens der KPÖ) als das "Wiener Memorandum" präsentiert wird, ist bestenfalls ein Teil der Präambel dieses Vertrags. Es zeugt von der Stärke der internationalen Erdölmonopole, daß sie das "Wiener Memorandum" unter dem Druck der massiven Drohung durchsetzen konnten, andernfalls werde es keinen Staatsvertrag geben. Die Herren Außenminister der USA, Englands und Frankreichs unterschrieben erst, als die kapitalistischen Ölmagnaten grünes Licht signalisierten. Wenn man einen solchen Erpressungsapparat einsetzt, dann muß sich das auch rentieren, dann geht es sicherlich nicht um kleine Dinge. Das Interesse der internationalen Erdölmonopole am österreichischen Erdöl ist keine flüchtige Laune vergangener Tage - es hatte mächtige Beweggründe und es hat sie heute erst recht!

Die Erdölarbeiter haben sofort den Kampf gegen das "Wiener Memorandum" aufgenommen. Sie handelten dabei sowohl im nationalen Interesse Österreichs, als auch in ihrem eigenen sozialen Interesse, lag es doch auf der Hand, daß das Hauptziel der ausländischen Monopole die Drosselung und Ruinierung der österreichischen Ölförderung, die Überschwemmung des österreichischen Marktes mit ihren ausländischen Produkten war. In diesem Sinn wurde der Kampf gegen das "Wiener Memorandum" auch der Kampf um den Arbeitsplatz der österreichischen Erdölarbeiter.

In beiden Beziehungen haben die Erdölarbeiter Erfolge errungen, deren Früchte nicht nur ihnen selber, sondern ganz Österreich zugutegekommen sind. Nur ihrem entschlossenen Kampf ist es zu danken, daß es heute überhaupt noch eine österreichische Erdölwirtschaft gibt und zwar eine relativ moderne, die erfolversprechend ausgebaut werden könnte. Trotz aller Hindernisse, die der ÖMV bereitet werden (darunter nicht zuletzt von Leuten, die für eine gegenteilige Verpflichtung höchste Gehälter beziehen) und trotz der Tatsache, daß viele Arbeiter von der schweren Arbeit im Ölfeld krank bzw.

minder einsatzfähig sind, sie im Konzern aber selbstverständlich weiter beschäftigt werden müssen, kann sich der in der ÖMV erreichte Produktionswert pro Beschäftigtem sehen lassen.

Es gibt also zweifellos wichtige Erfolge der Erdölarbeiter, vor allem aus der Zeit, da sie geradezu ein Vortrupp im Klassenkampf der österreichischen Arbeiterschaft waren. Und ausgerechnet die so einfach scheinende Sache des Zusammenschlusses der Örop und der Martha mit der ÖMV gelang fast ein Jahrzehnt lang nicht? Die rechten SP-Führer und ihre neugewonnenen Freunde in der KPÖ behaupten, daß immerhin 1965 auch hier der Durchbruch gelungen sei und die Erdölarbeiter mit dem Erfolg zufrieden sein könnten. Die Dinge liegen aber anders.

Schon manchem durchaus nicht sehr mißtrauischem Erdölarbeiter war es merkwürdig erschienen, daß er zu der Demonstration vor dem Finanzministerium ganz offiziell von den Firmenautobussen gebracht wurde - im Einverständnis mit dem ÖMV-Vorstand, im Einverständnis desselben Vorstands, gegen den die Erdölarbeiter schwere Kämpfe zu bestehen hatten, als es galt, die Aufrechterhaltung einer selbständigen österreichischen Erdölwirtschaft durchzusetzen; im Einverständnis desselben Vorstands, der zum Beispiel wegen einiger Groschen Schichtzulage einen Streik provozierte, der der ÖMV Millionenkosten verursachte. War es in diesem Vorstand plötzlich zu einem Stimmungsumschwung gekommen?

Es wäre schön, allzu schön, wenn man glauben könnte, seit einem Jahr gebe es in der ÖMV-Leitung anstelle von Statthaltern des in- und ausländischen Kapitals nur mehr patriotisch geläuterte, sozial gereifte Freunde der "Gemeinwirtschaft". Leider besteht kein Grund zu einer solchen Annahme. Und man kann leider auch nicht sagen, daß die Lösung des Problems ÖMV-Örop-Martha als Folge des Kampfes der Arbeiter gemäß ihren Interessen, unter dem kämpferischen Druck von unten und unter zielbewußter Leitung der Arbeiterfunktionäre in Angriff genommen wurde, wie es das z.Bsp. im



ALLEN UNSEREN LESERN
WÜNSCHEN WIR HERZLICHST
EIN GLÜCKLICHES UND ER-
FOLGREICHES JAHR 1966 !
MÖGE ES UNSERER GROSSEN
SACHE, DER SACHE DES IN-
TERNATIONALEN SIEGES DES
SOZIALISMUS ÜBER IMPERIA-
LISMUS UND REVISIONISMUS,
WEITERE ERFOLGE BRINGEN!

Kampf gegen Massenentlassungen und für etliche betriebliche Forderungen tatsächlich gegeben hat. Beim Zusammenschluß Örop-Martha-ÖMV war es anders. Als er erfolgte, war der Zentralbetriebsrat schon von den Anhängern der sozialpartnerischen SP-Politik und von Revisionisten beherrscht, die dieser Politik nichts Ernstliches entgegensetzten, da gab es infolge des Fehlens einer wirklich kämpferischen Führung auch keinen wirkungsvollen Kampf der Arbeiter mehr. Was es in dieser Phase wirklich gab, war vielmehr ein komplizierter Koalitionsschacher, bei dem die internationalen Erdölmonopole tüchtig mitmischten und die Erdölarbeiter zu einer billigen Staffage mißbraucht wurden.

Im Regierungsprogramm der VP-SP-Regierung stand schon lange die "Neuordnung" der Verstaatlichten auf der Tagesordnung. Für die nächsten Experimente auf diesem Gebiet schien der Erdölsektor besonders geeignet. Die Szenerie bot allen Akteuren dankbare Möglichkeiten: den einen für die Praxis der "Sozialpartnerschaft", den anderen für die Theorie der "Mitbestimmung", den dritten für ihren "Volksaktien"-Schwindel. Offiziell waren die Kapitalisten und ihre Interessenvertreter die Feinde, die es zu besiegen galt, hinter der Polstertüren wurde aber fleißig mit ihnen geschachert. ÖGB-Präsident Benja, der schon durchblicken ließ, daß es eventuell zu einer Reprivatisierung von 49 Prozent der Örop-Aktien komme, konnte es von diesem Blickwinkel aus als "Erfolg" betrachten, daß es dann "nur" 26 Prozent waren. Die Revisionisten behandelten die 26 Prozent als unwichtigen kleinen "Schönheitsfehler" und gewannen so ihr lang ersehntes Beispiel "erfolgreicher Mitbestimmung". Den tatsächlichen Erfolg aber hatte das Kapital: Mehr als ein Viertel der Örop-Aktien in Privatbesitz verhindern laut Gesetz eine Beschlußfassung der anderen Aktionäre (des Staates bzw. der ÖMV) über eine etwaige Änderung des Gesellschaftsstatus und über das Verhältnis der drei Firmen zueinander. Damit haben die Gegner einer leistungsfähigen österreichischen Erdölwirtschaft bedeutende Möglichkeiten in der Hand.

Die ehrliche Kampfbereitschaft der Erdölarbeiter wurde von vornherein geschickt kanalisiert und gezügelt, die Arbeiter sofort nach Abschluß des Schachers beglückwünscht und nach Hause geschickt.

Nachdem dieser erste Schritt zur "Neuordnung der Verstaatlichten" zu so allgemeiner Freude getan war, folgten bald die nächsten, schon frecheren Schritte: die Schließung des verstaatlichten Grünbacher Kohlenbergbaus und die Reprivatisierung des Rax-Werkes.

Wer bei der "Lösung der Frage ÖMV-Örop-Martha" wirklich einen

Erfolg erreichte, läßt sich heute, gestützt auf die Erfahrungen des abgelaufenen Jahres, leicht ersehen:

Für die ÖMV hat sich praktisch nichts geändert und sie hat mit den gleichen Schwierigkeiten zu kämpfen wie früher. Nach wie vor ist der Absatz von Heiz- und Gasöl äußerst schwierig, nach wie vor wird der Benzinmarkt von den ausländischen Monopolen beherrscht. Kennzeichnend für die Lage ist übrigens, was die "Presse" vom 24.12. in ihrem Wirtschaftsteil über die Absichten der ÖMV-Leitung schrieb:

"Aus Kreisen der ÖMV verlautet, daß bei der Durchorganisierung der beiden Vertriebsgesellschaften nicht im entferntesten daran gedacht ist, die Mutter-Tochter-Bindung bei der Belieferung oder Finanzierung für "besondere Bedingungen" auszunützen. Man werde selbstverständlich die Regeln eines normalen Wettbewerbs beachten und nach rein kommerziellen Erwägungen vorgehen... Im übrigen lege man, wie bisher, auf die Zusammenarbeit mit den anderen Konkurrenten und Kunden auf dem österreichischen Markt großen Wert."

Was bleibt da noch von den vielfältigen Möglichkeiten eines Zusammenschlusses übrig, die man seinerzeit so hoch veranschlagt hat, daß auch die Reprivatisierung von mehr als einem Viertel der Örop und die Zahlung von 200 Millionen an den Staat als kein zu großes Opfer erklärt wurden? Formell gehören Örop und Martha nun der ÖMV, praktisch hat sich im Verhältnis der Firmen zueinander nichts geändert.

Sehr rasch dagegen sind die Dinge in Fluß gekommen, die für die Shell, Esso usw. von Interesse sind: Der Vertrag über den Bau einer Pipeline Adria-Wien ist praktisch perfekt, und die Verhandlungen über den Bau einer neuen Raffinerie stehen vor dem Abschluß. Beide Verträge werden wesentlich dazu beitragen, die österreichische Erdölwirtschaft den internationalen Ölmonopolen noch weitgehender auszuliefern. Wieso?

Die entscheidenden Tatsachen, auf die sich die internationalen Erdölkonzerne stützen und mit deren Hilfe sie einen wirtschaftlichen Druck ausüben können, bestehen darin, daß erstens die österreichische Erdölförderung mengenmäßig nicht wesentlich erhöht wurde, obwohl Fachleute eine Steigerung auf 4 bis 5 Millionen Tonnen jährlich (gegenwärtig etwa 2 1/2) durchaus für möglich halten, und daß zweitens selbst von der jetzigen ÖMV-Produktion runde Zweidrittel von ausländischen Vertriebsgesellschaften auf den Markt gebracht werden. Dazu kommt, daß die ÖMV-Raffinerie in Schwechat einen Jahresdurchsatz von 4 Millionen Tonnen hat, der durch die stagnierende und absichtlich niedrig gehaltene Eigenproduktion nicht gedeckt ist. Um also die Rentabilität dieser kostspieligen Raffinerie zu gewährleisten, muß die ÖMV selbst Importe durchführen und ist auf sie sogar angewiesen.

Transportiert soll dieses Öl nun durch die projektierte Pipeline werden, an der die ÖMV zu 51 Prozent beteiligt ist. Die Sache sieht nicht schlecht aus, doch hat sie einen gefährlichen Haken. Die Pipeline ist nämlich so projektiert, daß sie bloß eine Abzwei-

gung von der großen Transalpin-Pipeline Adria-Ingolstadt ist, die zur Gänze den Ausländern gehört. Selbstverständlich werden diese nicht versäumen, der ÖMV ihre Bedingungen zu diktieren, wenn es so weit ist.

Das nächste Prunkstück in der Garderobe, mit der man die ÖMV ausstattet - im vollen Bewußtsein, daß es eine Sammlung von Zwangsjacken wird - ist der Bau der neuen Raffinerie. Man begründet ihre Notwendigkeit mit dem steigenden Bedarf an Erdölprodukten, sie soll in Südösterreich entstehen. Die ÖMV wird an ihr mit 26 Prozent beteiligt sein.

Den Marktanteil, den Örop und Martha vor ihrem "Zusammenschluß" mit der ÖMV hatten, bezogen sie schon damals von der ÖMV. Daran hat sich nichts geändert. Dieser Marktanteil ist inzwischen auch nicht gewachsen und er wird auch in der nächsten Zeit nicht wesentlich wachsen können: Denn schon meldet sich die Bundeswirtschaftskammer und "warnt" vor einem "planlosen Bau von Tankstellen". Dahinter steckt nichts anderes als ein administratives Manöver, mit dem die ÖMV gehindert werden soll, neue Tankstellen zu errichten. Nur dort, wo die ausländischen Firmen kein Interesse haben, weil nicht viel zu holen ist, wird man die ÖMV bauen lassen. Auf der Autobahn aber, wo die Ausländer sich ein großes Geschäft versprechen, hat die ÖMV bereits das Nachsehen.

War die "Erdöl-Lösung" vom Vorjahr also jener erste Schritt auf dem Wege der Sicherung der ÖMV durch verwirklichte "Mitbestimmung", als die sie die Revisionisten preisen? Oder war sie ein Glied in einem umfangreichen System von Maßnahmen, die in ganz anderer Richtung zielen? Die Entwicklung im ersten Jahr nach dieser "Lösung" hat schon genügend Material zur Beantwortung dieser Frage erbracht - die kommenden Jahre werden leider einen noch viel schlüssigeren Anschauungsunterricht erteilen.

Natürlich, schenkt man den Beteuerungen der koalitierten "Verhandlungspartner" Glauben, so war es ein großartiger Erfolg, auf den gestützt die ÖMV jetzt die besten Aussichten hat. Diese "optimistische" Stimmungsmache hat einen unverkennbaren Zweck. Sie soll erleichtern, daß all das, was jetzt vorbereitet und durchgeführt wird, möglichst ohne großes Aufsehen erfolgen kann. Stellen sich später dann die unvermeidlichen Folgen ein, wird man schon irgendwelche Ausreden finden - so wie bisher. Wie man das macht, beweist ja das Beispiel des Rax-Werkes.

Die Erdölarbeiter sind sich über das, was sich gegenwärtig über ihren Köpfen zusammenbraut, noch nicht völlig klar. Viele haben noch die Illusionen des "Erfolges" vom Vorjahr - umso größer sind die bestehenden Gefahren.

Wenn der jahrelange Kampf der Erdölarbeiter um eine selbständige österreichische Erdölwirtschaft nicht vergeblich gewesen sein soll, muß er auf eine neue Basis gestellt werden. Der Sozialpartnerschaftsschacher der SPÖ und ÖVP im Interesse des in- und

ausländischen Kapitals muß aufgedeckt werden - ohne Rücksicht auf die "taktischen" Erfordernisse jener, die durch eine offene Kritik an der schändlichen Rolle der SP-Führung ihre eigene traurige Politik als deren prinzipienlose Wahlhelfer bloßstellen würden und darum lieber beschönigen und vertuschen helfen. Nicht die ausländischen Firmen dürfen der ÖMV diktieren, sondern die ÖMV muß der österreichische Hausherr auf dem Erdölsektor sein. Das industrialisierte Österreich mit seiner Masse qualifizierter Arbeiter hätte auf diesem Gebiet viel bessere Möglichkeiten als viele Entwicklungsländer, die trotz ihrer wirtschaftlichen Schwäche mit den ausländischen Monopolen, insbesondere mit den Erdölkonzernen, eine klare Sprache sprechen. Die fremden Ölherren müssen unter die Drohung der Enteignung und des Hinauswurfs gestellt werden, wenn sie die Bedingungen verletzen, die auf dem österreichischen Erdölsektor festzulegen einzig die ÖMV kompetent sein muß.

A.J.

McNamara warnt Westeuropa vor chinesischer Gefahr

1967 hat Peking die ersten Atomraketen / Kleinere US-Verbände aus Europa nach Vietnam?

Ähnlich wie die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" vom 16. Dezember 1965, der wir die obige typische Schlagzeile entnommen haben, berichteten Mitte des vorigen Monats die Zeitungen der kapitalistischen Welt über die "ALARM-REDE", die der USA-Kriegsminister McNamara in Paris vor dem Ministerrat der NATO gehalten hatte. Der US-Minister, der übrigens auch durchblicken ließ, daß die mit den Revisionisten zustandekommende Verständigung es möglich erscheinen lasse, amerikanische Truppenverbände aus Europa abzuziehen und gegen die südvietnamesische Bevölkerung einzusetzen, richtete einen herzerreißenden Appell an die NATO-Verbündeten der USA, sich aktiv an deren Krieg in Vietnam zu beteiligen und die USA diese "schwere Last" nicht allein tragen zu lassen. Um die so offensichtliche Unfähigkeit der riesenhaften Kriegsmaschine der USA, mit dem kleinen, aber so tapferen südvietnamesischen Volk fertigzuwerden, vertuschen zu können, nahm McNamara zu der schon bekannten US-Theorie Zuflucht, in Südvietnam stünden die USA nicht einigen Millionen Vietnamesen, sondern dem großen sozialistischen China gegenüber. Über die für ihn und seinesgleichen mit erschreckendem Tempo wachsende militärische Kraft Volkschinas machte McNamara die folgenden Angaben:

- 1.) Schon 1967, also im nächsten Jahr, werde China sowohl über einsatzbereite Atomwaffen verfügen als auch über eine entsprechende Zahl von Mittelstreckenraketen, um sie ans Ziel zu bringen.
- 2.) In den Jahren 1968 und 1969 werde China bereits über ein Dutzend verschiedener Raketen-Abschußbasen verfügen, durch laufende Atomversuche seine Atombewaffnung wesentlich verbessert und große Fortschritte auf dem Gebiet der internationalen Raketen gemacht haben.
- 3.) Bis 1975 werde China in den Besitz interkontinentaler Raketen und entsprechender Abschußrampen gekommen sein.

Der amerikanische Oberhirte der Aggression tat natürlich so, als ob die im Ergebnis der atemberaubend rasch wachsenden wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Kräfte Volkschinas ebenfalls zunehmenden Verteidigungsmöglichkeiten dieses Landes die Sicherheit anderer Länder und Völker gefährdeten. Aber schon am Tag nach seiner Rede platzte die amerikanische Zeitung "Daily News" mit

der Absicht heraus, um die es den amerikanischen "Friedensfreunden" im wesentlichen geht:

"Wir können uns kein besseres Argument als die Ausführungen Namaras für eine Zerstörung der nuklearen Kapazität Chinas durch die Vereinigten Staaten denken, entweder durch Raketen oder durch das strategische Luftkommando oder durch beide zusammen... Wenn wir selbst nicht entschlossen genug sind, diesen wahrscheinlich die Welt rettenden Auftrag zu unternehmen, warum sollten wir dann nicht Madame Tschiangkaischek beim Wort nehmen, die kürzlich versicherte, daß Nationalchina nur zu gern die Piloten stellen würde, wenn die Vereinigten Staaten die Flugzeuge und die Bomben lieferten? Warum warten - zum Schaden der gesamten Menschheit - mit der Entschärfung der rotchinesischen atomaren Zeitbombe?"

Es sind schon sehr nette Zeitgenossen, diese amerikanischen "Retter der Menschheit"! Zum Glück lassen sich ihre menschenfreundlichen Absichten leichter aussprechen als ausführen - nicht zuletzt gerade wegen der so rasch wachsenden militärischen Kraft Volkschinas, die der Erhaltung des Friedens dient.

EINE KLARSTELLUNG

Unter dem Titel "Eine Klarstellung" haben die in verschiedenen Parteifunktionen langjährig tätigen kommunistischen Aktivisten Genosse Viktor Varga und Genossin Maria Varga an die Mitglieder der Parteiorganisationen, in denen sie bisher tätig waren, einen Offenen Brief verteilt, den sie im Dezember an die Bezirksleitung Wien XXII der KPÖ gerichtet hatten. Der Brief hat folgenden Wortlaut:

Viktor und Marie VARGA

W i e n 22. Bezirk

Wien, den 7. Dezember 1965

An die
Bezirksleitung Donaustadt
der K.P.Ö.

Seit einigen Jahren ist eine Gruppe von Leuten in der Partei bemüht, die theoretischen Grundlagen des Kommunismus systematisch zu zersetzen, die Partei auf eine reformistische Linie zu drängen. Das Abgehen vom konsequenten Klassenstandpunkt geht mit der Verbürgerlichung der Parteipolitik Hand in Hand.

Auf dem 19. Parteitag der KPÖ hat die revisionistische Gruppe die Führung an sich gerissen, hat Dokumente beschlossen, die antikommunistisch sind; Dokumente, die bedeuten, daß man sich im Kapitalismus häuslich niederlassen will; daß die Arbeiterklasse, statt das System der Ausbeutung zu überwinden, in das kapitalistische System integriert werden soll (Mitbestimmung, Mitverantwortung).

Der Verzicht auf die eigene Kandidatur bei Wahlen, die Aufforderung, SP zu wählen, hat völlig klar gemacht, daß die führende Gruppe in der KPÖ die Koalitionspolitik der Klaus und Pittermann unterstützt.

Deshalb begrüßen wir ganz besonders die Arbeiterliste der Mar-

xisten-Leninisten Österreichs, die bei den kommenden Nationalratswahlen als einzige wahlwerbende Liste die Möglichkeit bietet, die arbeiterfeindliche Koalitionspolitik abzulehnen.

Die kommunistische Partei, der wir vor vielen Jahren das Vertrauen geschenkt haben, weil ihre Führung prinzipienfest, weil sie revolutionär, weil sie marxistisch-leninistisch war, ist es heute nicht mehr. Darum können wir diese Parteiführung nicht als kommunistisch anerkennen, und wir sprechen ihr das Recht ab, die kommunistische Partei zu repräsentieren.

Wer ist denn die Partei? Sind es jene, die den revolutionären Weg verlassen haben?

Oder sind wir die Partei - wir alle, die den Grundsätzen treu geblieben sind, derentwegen wir Kommunisten geworden sind?

Wir haben die Antwort gefunden: Diejenigen, die den Grundsätzen treu geblieben sind, repräsentieren mit Recht die Partei!

Darum werden wir unseren Mitgliedsbeitrag, werden wir unseren Kampffonds nicht jenen geben, die zu Unrecht den Namen der Partei tragen, die zu Unrecht die Partei verkörpern wollen. Da sich die Parteiführung von den richtigen Prinzipien weggewandt hat, sprechen wir ihr das Recht ab, im Namen der Partei zu reden und zu handeln.

Diese Erkenntnis enthebt uns der Verpflichtung, uns den Beschlüssen zu unterwerfen, die mit dem Geist des Marxismus-Leninismus nichts mehr zu tun haben.

Diese Erkenntnis verpflichtet uns, im Namen der wirklichen, nicht nur der Bezeichnung nach kommunistischen Partei zu handeln; Zusammen mit jenen, die die Fahne weitertragen, die den Mut und die Entschlossenheit haben, den Weg, den wir alle einmal voll Zuversicht beschritten haben, weiter zu gehen - den richtigen Weg, den Weg des revolutionären Kampfes. Es sind die Genossen, die sich um die "ROTE FAHNE" geschart haben. Ihr Weg ist der unsere!

Unser Kampffonds wird in die richtigen Hände gelangen, in die Hände derer, die den Kampf führen!

Und die den Kampf führen, sind berufen, die Partei zu führen. Die Partei muß sich erneuern. Und sie wird sich erneuern. Wir werden mithelfen, die Partei zu erneuern. Die marxistisch-leninistische Partei!

ACHTUNG, ADRESS-ÄNDERUNG !

Die Redaktion der "Roten Fahne" befindet sich ab sofort in
WIEN 15., GOLDSCHLAGSTRASSE 64

Wir bitten, alle Redaktionspost in Hinkunft ausschließlich an die neue Adresse zu richten und sie auch bei eventuellen Vorsprachen zu beachten !

ZU DEN FRANZÖSISCHEN PRÄSIDENTSCHAFTSWAHLEN:

Revisionistischer Verrat in Frankreich

Als im Jahre 1957 Frankreich den Krieg gegen das algerische Volk trotz Einsatz aller militärischen Machtmittel nicht mehr gewinnen konnte, wußten die bürgerlichen Politiker nicht mehr aus noch ein. Die sich in immer rascherer Folge ablösenden Regierungen offenbarten, daß sich das imperialistische Frankreich in einer tiefen Staatskrise befand. Faschistische Gruppen und die führenden Kader der Unterdrückungsarmee in Algerien boten sich an, den "Laden" zu übernehmen. Doch die französische Bourgeoisie lehnte ab - nicht aus angeborener Liebe zur bürgerlichen Demokratie, sondern weil sie wußte, daß der Übergang zum Faschismus die Arbeiterklasse auf den Plan rufen und einen Bürgerkrieg zur Folge haben würde, dessen Ausgang für die Bourgeoisie äußerst zweifelhaft gewesen wäre. In dieser Situation war es für das ganze buntscheckige Geschmeiß der französischen bürgerlichen Politiker - egal, welche klingenden Namen sich ihre einzelnen Cliquen zugelegt hatten: "Sozialisten", "Radikalsozialisten", "Sozialrepublikaner" etc.etc. - klar: Nur ein Mann mit außerordentlichem Prestige, nur ein "Mann der Vorsehung" konnte helfen.

Ein solcher Mann befand sich in Reservestellung: General de Gaulle, der Leiter der Widerstandsbewegung gegen Nazideutschland, der aus dieser Zeit her noch ein nicht zu unterschätzendes Prestige bis weit in die Kreise der arbeitenden Bevölkerung hinein besaß.

Mit Hilfe der verschiedensten Manöver, in denen die französische Bourgeoisie seit je her Meister ist, wurde also die bestehende 4. Republik liquidiert und die autoritäre Präsidentschaftsrepublik, die sogenannte 5. Republik, unter Führung de Gaulles proklamiert. Einige französische Politikergruppen taten bei den diesbezüglichen Manövern so, als seien sie "böse", weil sie das ihrer "linken" Etikette schuldig zu sein glaubten (Mitterand war übrigens nicht darunter), aber andere dieser "Linken" waren weniger zimperlich. Vor allem einer trug entscheidend dazu bei, de Gaulle in den Sattel zu heben: der Generalsekretär der französischen SP, Guy Mollet. Die KP Frankreichs blieb praktisch allein in der Organisierung des Massenwiderstandes gegen die autoritäre Wendung. Doch sogar diese Aktionen wurden im Grunde nur mit halber Kraft geführt: Teile des bürokratischen und verkleinbürgerlichten Apparats der KPF ließen schon erkennen, daß ihnen Kampfkationen nur insoweit angebracht erschienen, als sie ihre schönen Schreibtische nicht gefährdeten.

Wer nicht schwankte und zögerte, war de Gaulle. Er leistete "ganze Arbeit" - zur größten Begeisterung der französischen Bourgeoisie, aber auch zur Genugtuung der amerikanischen Imperialisten, gefährdete doch das durch den Algerienkrieg und durch ununterbrochene Regierungskrisen aktionsunfähige Frankreich ihre gan-

ze NATO-Strategie, in der es eine wichtige Rolle übernehmen sollte. Durch die verschiedensten energischen Maßnahmen sicherte de Gaulle in der Folgezeit die Herrschaft des französischen Monopolkapitals und festigte seine Stellung, schaffte er sich auch die OAS-Faschisten vom Halse, deren politisches Hasardspiel alles zu verderben geeignet war, und liquidierte den Algerienkrieg mit dem größtmöglichen Nutzen, der für die imperialistischen Interessen Frankreichs noch herauszuschlagen war: Ausbeutung der algerischen Ölfelder durch französisches Kapital, französische Raketenstützpunkte in der Sahara, wirtschaftliche und militärische "Zusammenarbeit" zwischen Algerien und Frankreich. De Gaulle gelang diese "Flurbereinigung" so gründlich, daß die USA-Imperialisten bald zu klatschen aufhörten und die Kehrseite zu spüren bekamen, die ein "aktionsfähiges" Frankreich für ihre Pläne hatte.

Es stellte sich heraus, daß zumindest ein großer Teil des französischen Monopolkapitals nicht geneigt war, sich auf die Dauer von den Amerikanern gängeln zu lassen und nach deren Pfeife zu tanzen. Das imperialistische Frankreich hatte seine Hände frei bekommen und gebrauchte sie nun in dem üblichen kapitalistischen "Dschungelkrieg" der beiderseitigen Neokolonialisten in den außereuropäischen Gebieten. Und in dem Maße, in dem die NATO zum direkten Herrschaftsinstrument der USA über ihre europäischen Verbündeten wurde und sich die EWG als Hebel erwies, die Oberherrschaft der westdeutschen Militaristen als der amerikanischen Juniorpartner in Europa sicherzustellen, begannen de Gaulle und seine Regierung auch gegen diese "geheiligten" Instrumente des amerikanischen Imperialismus Widerstand zu leisten. Schließlich weigerte sich de Gaulle sogar, dem Moskauer Atomtestvertrag, dieser Ausgeburt Chruschtschowscher Packelei mit dem USA-Imperialismus, beizutreten, weil er nicht bereit war, Frankreichs Wehrhoheit zugunsten des sowjetisch-amerikanischen Atomtrusts einzuschränken.

Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen Frankreichs mit Volkschina schlug anscheinend dem Faß den Boden aus. Der am engsten mit dem US-Imperialismus verbundene, reaktionärste Teil der französischen Großbourgeoisie fühlte sich endgültig provoziert und verstärkte seine antigaulistische Propaganda. In den leuchtendsten Farben begannen seine Sprecher plötzlich zu malen, was Wunder sich der "kleine Mann" alles leisten könnte, wenn Frankreich auf seine "kleine" Atom-bombe verzichtete und sich unter den "Schutz" der "großen" Atom-bombe der USA stellte. Die dollaranbetenden und -empfangenden Politiker Frankreichs entdeckten solcherart mit einem Male ihr "soziales Gewissen" und ein Mitgefühl mit demselben "kleinen Mann", den für sich in Indochina und Algerien sterben zu lassen sie so viele Jahre lang nicht die geringsten Skrupel gehabt hatten.

Ange-sichts dieser neuen Situation entstand für die Marxisten-Leninisten in Frankreich die wichtige Aufgabe, eine gründliche Analyse der Lage vorzunehmen und jenen Standpunkt zu erarbeiten, der sowohl den klassenmäßigen und nationalen als auch den internationalen Inter-

essen und Pflichten der arbeitenden Massen Frankreichs am besten entsprach. Doch was geschah? Die modernen Revisionisten, die nicht müde werden, zu jeder Zeit und Gelegenheit "neue Momente", "Entwicklungen" und "Veränderungen" zu entdecken, die "neue Beurteilungen" nötig machten, erwiesen sich der tatsächlichen Entwicklung der Dinge in Frankreich gegenüber als völlig blind und taub. Die auf Grund eines oder mehrerer Winke des Chefdirigenten in Moskau auf immer revisionistischere Töne umschaltende Führung der KPF stieß in dasselbe Horn, das nun auch der reaktionärste Teil der französischen Bourgeoisie zu blasen begann und dessen Echo fast unverändert aus Washington zurückkam.

Indem sie die berechtigte Unzufriedenheit der arbeitenden Massen mit der reaktionären Innenpolitik de Gaulles ausnützte, wandte sich die Führung der KPF faktisch gegen dessen Außenpolitik, die den USA-Imperialisten und ihren französischen Helfershelfern ein schmerzhafter Dorn im Auge war. Die KP Frankreichs hatte seinerzeit großartige Massenbewegungen zur Erhaltung des Weltfriedens organisiert und Namen wie der Raimonde Diens waren in allen Kontinenten ein begeisterndes Symbol. Etwas völlig anderes waren die diversen "Friedensaktionen", welche die Führung der KPF jetzt zu starten begann. Ihr hauptsächliches Ziel war der Beitritt Frankreichs zum amerikanisch-sowjetisch-englischen Atomtestvertrag. Nicht mehr gegen den US-Imperialismus als den Hauptfeind des internationalen Friedens, sondern gegen den "Alleingang" Frankreichs im "Konzert" der Großmächte war ihre Spitze gerichtet, natürlich auch gegen die Verteidigungsanstrengungen Volkschinas, das zu verleumden sich Revisionisten und Imperialisten gleichermaßen bemühen.

Inzwischen rückte der Termin für die französischen Präsidentschaftswahlen heran. Die KPF-Führung, die sich nun schon restlos auf der revisionistischen Linie befand, nützte bezeichnenderweise diese so günstige Gelegenheit nicht dazu aus, die unzufriedenen werktätigen Massen in Stadt und Land um sich zu scharen zum Kampf gegen die mit dem de-Gaulle-Regime verbundene soziale Reaktion im Innern und gegen den unter US-Führung stehenden Weltimperialismus, der Frankreichs nationale Unabhängigkeit unterminiert. Nein, die KPF-Führung benützte die Gelegenheit vielmehr, mit den Amerikanern ins "Geschäft" zu kommen, das heißt mit jenem Teil der französischen Bourgeoisie, der sich heute zwar einiger "linker" Etiketten bedient, objektiv aber reaktionärer ist als de Gaulle, nicht links, sondern rechts von ihm steht. Das Ergebnis dieses Geschäfts war schließlich die perverse "Einheitsfront" zwischen der KPF, den französischen Rechtssozialisten und allen möglichen Ultra-reaktionären und Faschisten, die keine positive Forderung, sondern nur die Ablehnung de Gaulles verband.

Unter dem Druck der einfachen Parteimitglieder verlangte die Führung der KPF zunächst freilich noch mit großem Pathos, ihre Zustimmung zu einem von der antigaulistischen Bourgeoisie gelieferten Präsidentschaftskandidaten hänge von einem "gemeinsam erarbeiteten Programm" ab. Dazu war aber der erste dieser Kandidaten, der

Rechtssozialist Deferre, nicht zu haben, ganz abgesehen davon, daß ihm die KPF als offizieller Teilhaber an dem gegen de Gaulle gerichteten Unternehmen zu suspekt erschien. Der zweite dieser Kandidaten war weniger anspruchsvoll - so wie ihm gegenüber auch die KPF-Führung. Sang- und klanglos ließ sie die Forderung nach einem "gemeinsam erarbeiteten Programm" fallen und akzeptierte jenen anti-gaullistischen Sammelkandidaten, der gnädig erklärte, er würde sich freuen, wenn die Kommunisten bedingungslos für ihn stimmten. Dieser Mann war Francois Mitterand.



Unter dem Titel "Die Beleidiger der Partei der Füsilierten" brachte die KPF-Zeitung "Huma-nite-Dimanche" am 14. November 1948 eine Bildergalerie mit Sündenverzeichnis der ärgsten Antikommunisten. Unter diesen besonders aggressiven Antikommunisten befand sich auch Francois Mitterand, der jetzige Präsidentschaftskandidat der "Partei der Füsilierten".

reichs hinauszuwerfen und war maßgeblich mitverantwortlich an der blutigen Unterdrückung des Volkes von Madagaskar, als es sich zu einem Befreiungskampf gegen die unerträglich gewordene Kolonialherrschaft erhob. 45.000 Einwohner dieses Landes wurden damals von den Söldnern einer französischen Regierung niedergemetzelt, deren prominentes Mitglied Mitterand war. Derselbe Mitterand war später einer der Haupteinpeitscher des Krieges gegen das algerische Volk und sein berüchtigter Grundsatz, die einzige "Verhandlungsmethode" sei der Krieg, ist bis heute unvergessen. Eben diese besondere Brauchbarkeit als Büttel der französischen Großbourgeoisie

Wer ist nun dieser Francois Mitterand? Der österreichische Revisionist Franz Marek behauptete in der "Volksstimme", ihm (Mitterand) mache die Unterstützung durch die KPF kein Kopfzerbrechen, da er mit ihr in der Widerstandsbewegung zusammengearbeitet habe. Doch das ist eine wider besseres Wissen verbreitete dicken Lüge. Der Frankreich-Emigrant Marek weiß sehr gut, daß sich Mitterand seine ersten politischen Sporen als Schreiberling für Petain verdient hat und daß er für diese seine Tätigkeit sogar "ausgezeichnet" worden war! Nach dem Kriegsende war Mitterand als antikommunistischer Avantgardist in den verschiedensten reaktionären Regierungen Frankreichs tätig und wurde deshalb von der KPF immer wieder angeprangert. Mitterand half kräftig mit, die KP aus der Nachkriegsregierung Frank-

war es auch, die Mitterand in den vor-gaullistischen Regierungen ein rundes Dutzend mal Ministerposten eintrug.

Wurde dieser betont antikommunistische und vielfach "bewährte" imperialistische Saulus vielleicht in den letzten Jahren zu einem fortschrittlichen Paulus? Keineswegs! Es existiert kein Anzeichen, daß er sich geändert hätte. Er ist weiter ein forscher Streiter für NATO und EWG und hat sich von dieser Grundhaltung auch in der Wahlkampagne nicht distanziert. Das ist ja geradezu einer der Hauptgründe der Opposition Mitterands gegen de Gaulle, daß dieser nicht bereit war und ist, vorbehaltlos auf der Linie der EWG und der NATO zu marschieren!

"Macht nichts!", sagen die Führer der KPF, "man kann nicht alles haben; Hauptsache, Mitterand ist für den Moskauer Atomtestvertrag, also ein Friedensfreund!" Eine halbsbrecherische Logik! Ihr zuliebe hat sich die revisionistische Führung der KPF auch nicht gescheut, mit administrativen Maßregeln und Ausschlüssen gegen jene ihrer Mitglieder und Funktionäre vorzugehen, die es mit ihrem kommunistischen Gewissen nicht vereinbaren konnten, einen so offenkundig proamerikanischen und NATO-begeisterten Kandidaten zu akzeptieren.

Dem Massenbetrug, der mit der Figur Mitterand betrieben wurde, kamen freilich einige optische Momente zu Hilfe. Die in den Methoden dieses Betrugs so erfahrene französische Bourgeoisie bzw. ihr antigauillistischer Flügel, hatte Vorsorge getroffen, Mitterand den Nimbus eines "links" von de Gaulle stehenden Kandidaten zu geben, indem sie im ersten Wahlgang einige "rechte" und "mittlere" Zählkandidaten einsetzten, denen bei aller Verschiedenheit im Detail doch der Pro-amerikanismus gemeinsam war und die man später, im 2. Wahlgang, dann auch

Mitterand und die Unternehmer

Der Vizepräsident des französischen Arbeitgeberverbandes, Bernard Jousset, hat - wie die "Furche" 51/52 vom Dezember 1965 berichtet - in einem Schreiben an einen bekannten französischen Pressevertreter erklärt, bei den Stichwahlen Francois Mitterand seine Stimme zu geben.

Faschistische Unterstützung

Über die Haltung des rechtsextremistischen Kandidaten im ersten Wahlgang, Tixier-Vignancour, schreibt die "Neue Zürcher Zeitung" vom 21.12.1965: "Tixier-Vignancours Anhänger aus den Kreisen der Rückwanderer aus Nordafrika haben sich offenkundig weitgehend Mitterand angeschlossen, wie es ihnen auch von den großen Heimkehrerorganisationen sowie den unbekehrbaren Anhängern der Algerie francaise und der OAS empfohlen worden war..."

Freude in Washington

Wie der Washingtoner Korrespondent der NZZ am 19.12. kablete, hat der für de Gaulle so verhältnismäßig knappe Ausgang der Stichwahlen die "hiesigen Hoffnungen" bestätigt und "ist vom Standpunkt der hier vorherrschenden Meinung aus gesehen geradezu ideal", weil er "den Gaullismus seiner langfristigen Wirksamkeit beraubt und damit die Erwartung gesteigert hat, daß die atlantische und die Europapolitik, gegen die der französische Staatschef Einwände erhob, sich schließlich doch durchsetzen werden". Man habe es nun mit einem "angeschlagenen" de Gaulle zu tun, das Ende des Gaullismus sei jetzt abzusehen und das eröffne "neue Ausblicke... Das Europa, das man sich wünscht, kommt wieder in Sicht".

"Europäer" atmen auf

Unter der Schlagzeile "'Europäer' atmen auf", bringt die Züricher "Weltwoche" vom 17.12.1965 eine Presseschau, die den Kom-

mentaren zu den französischen Wahlen gewidmet ist. "Trotz aller Dementis kann niemand leugnen", schreibt die Zeitung, "daß de Gaulles Schlappe im ersten Wahlgang in der EWG mehrheitlich Genugtuung hervorgerufen hat. Alle 'Europäer' hatten insgeheim diesen Mißerfolg erhofft ... So ist plötzlich in der Gemeinschaft, nach langer Periode der Resignation, die Hoffnung aufgeblüht, der Gaullismus als Störenfried im Aufbau Europas könnte vielleicht früher überwunden werden als man vor dem 5. Dezember angenommen hatte".

Feine "Einheitsfront"

Die Wiener "Presse" schreibt am 21.12.1965 in einem Leitartikel über die französischen Präsidentschaftswahlen:

"So sehr auch innere Probleme diesen Wahlkampf beeinflußt haben, so ist doch auch die Außenpolitik mit ins Spiel gebracht worden. Nicht zuletzt, weil eine von Washington bis Brüssel reichende propagandistische Einheitsfront die Franzosen aufgefordert hat, den General... zu stürzen."

prompt im Lager Mitterands sah. Unter ihnen gab es Tixier-Vignancour als Kandidaten aller aus Algerien verjagten Kolonialisten und der übrigen OAS-Faschisten, weiters Lecanuet, vom Publikum einfach "John" genannt, weil er eine so penetrante US-Propaganda trieb, sowie Marcilhacy und Barbu als Kandidaten, die anscheinend nur deshalb aufgestellt worden waren, um den Proamerikanern in Radio und Fernsehen zusätzliche Sendezeiten zu sichern.

Die Demagogie bewährte sich und angesichts seiner Unterstützung durch die KP Frankreichs und einiger vorsichtig dosierter Redensarten Mitterands konnte wirklich die Illusion entstehen, er sei ein "Linker", ein Kandidat des "arbeitenden Volkes" im Gegensatz zum großbürgerlichen de Gaulle. Das Resultat war der von den Revisionisten in perverser Gemeinschaft mit allen möglichen Rechtsextremen so gefeierte "grandiose Erfolg des Linkskandidaten". Es war ein in jeder Beziehung merkwürdiger "Linkssieg".

Zunächst: war der Erfolg Mitterands wirklich so grandios? 200.000 Stimmen mehr als die Linksparteien im Jahre 1962 bei den Parlamentswahlen erhalten hatten, trium-

phierte das KPF-Zentralorgan "Humanité", 200.000 Stimmen mehr, echote eilig die österreichische "Volksstimme". Nur "vergaß" man zu erwähnen, daß bei den Präsidentschaftswahlen um über fünfeinhalb Millionen Stimmen mehr abgegeben wurden als bei den Wahlen von 1962. Mitterand hätte fast 2 Millionen Stimmen mehr erhalten müssen, um denselben Prozentsatz wie im Jahre 1962 zu erreichen! Man "vergaß" auch zu erwähnen, daß das Manko für Mitterand gerade in den traditionellen Hochburgen der KPF, im sogenannten "Roten Gürtel" von Paris und in den industriellen Gebieten Nordfrankreichs besonders augenfällig war. Zum Beispiel wurden in den wichtigen Städten Nanterre und St. Ouen für Mitterand weniger Stimmen abgegeben als dort im Jahre 1962 die KPF allein erhalten hatte. Eine Analyse der Wahlresultate ergab, daß zumindest 7-8 Prozent der traditionell kommunistischen Wähler - in einzelnen Gebieten weit mehr - der Aufforderung der Parteiführung, Mitterand zu wählen, nicht gefolgt sind. Wie weit diese Wähler der Lösung der in Entwicklung begriffenen marxistisch-leninistischen Gruppen gefolgt sind, die Stimmzettel mit dem demonstrativen Satz "Ich wähle kommunistisch!" zu versehen, läßt sich nicht feststellen. (Die

in solchen Fragen so besonders "wahrheitsliebende" österreichische "Volksstimme" verbreitete die Lüge, die französischen Marxisten-Leninisten hätten aufgerufen, de Gaulle zu wählen!)

Überaus charakteristisch waren auch die diversen Kommentare, die der Erfolg des "Linkskandidaten" Mitterand in der kapitalistischen Welt auslöste, zum Beispiel in Bonn, wo die offiziellen Kreise laut Korrespondentenberichten eine "diskrete Befriedigung" zeigten. In Rom freute sich der "schwarze" "Il Popolo" über die erfolgte "Desavouierung" der Außenpolitik de Gaulles, und das berüchtigte Boulevardblatt "Il Tempo" frohlockte, endlich sei de Gaulle für seine "Politik der Undankbarkeit" bestraft worden - der "Undankbarkeit" gegenüber den US-Imperialisten, versteht sich! Aus Brüssel wird sogar "Begeisterung in den europäischen Kreisen" (d.h. in den NATO-Kreisen) gemeldet. Selbst die Madrider Zeitung "ABC" äußerte Befriedigung. Daß die großkapitalistischen Zeitungen der USA das Wahlergebnis als sehr vorteilhaft empfanden, versteht sich da schon von selber. Auch Saigon, die Hauptstadt des südvietnamesischen Marionettenregimes, fehlte nicht in der Reihe der Zufriedenen. Die französische Zeitung "Le Monde" brachte die Nachricht über die Genugtuung, die das Regime des Generals Ky über das Wahlergebnis äußerte, unter dem Titel: "Saigon: eine Schlappe der antiamerikanischen Politik!" Diese knappen Worte sagen über den vom Weltimperialismus bejubelten "Linkserfolg" in Frankreich mehr als lange Zitate.

In Frankreich selbst entwickelten sich die Dinge in beschleunigtem Tempo, da zwei Wochen nach dem ersten Wahlgang die Stichwahl zwischen den zwei stimmenstärksten Kandidaten stattzufinden hatte. Hieß es im ersten Wahlgang bei den Proamerikanern und ihren revisionistischen Schildknappen, getrennt zu marschieren, so hieß es in der Stichwahl, vereint zu schlagen. Als erster meldete sich der Kandidat der aus Algerien verjagten Kolonialisten und des faschistischen OAS-Gesindels, Tixier-Vignancour zu Wort:

"Ich bin glücklich (über das Wahlergebnis, Anmkg.). Meine Wahlkampagne war nicht vergeblich. Wer auch immer gegen de Gaulle auftritt - ich werde ihn unterstützen. Ich danke allen meinen Mitstreitern, deren Wahlarbeit zu diesem Resultat geführt hat."

Der Faschist rief auf, in der Stichwahl Mitterand die Stimme zugeben! Sein Gesinnungsbruder Bidault, der politische Chef der OAS, der in Brasilien in der Emigration sitzt, stieß in das gleiche Horn:

"Was die Amnestie (der OAS-Mörder! Anmkg.), die EWG und die NATO anlangt, sind die Erklärungen des 'linken' Kandidaten befriedigend." (Die Anführungszeichen stammen von Bidault selbst!)

Im selben Sinn schrieben die Zeitungen aller Pieds Noirs, der "Schwarzfüßler", wie sich die Algerienfranzosen nennen. Mit Vehemenz unterstützten ausgerechnet diese Repräsentanten der äußersten Rechten den "Linkskandidaten". Auch der Proamerikaner "John" Lecanuet forderte seinen Anhang auf, in der Stichwahl ungültig oder

Mitterand zu wählen, welcher Empfehlung sich Marcilhacy und Barbu pflichtschuldigst anschlossen. Bezeichnend für diese merkwürdige "Volksfront" der KPF mit den Ultrareaktionären, OAS-Leuten und Proamerikanern war, daß ihr ausgerechnet der Faschist Tixier-Vignancour die "verbindende" Losung lieferte:

"Mitterand ist nicht mehr der Kandidat der 'Linken', sondern der Kandidat aller Republikaner!"

Und schon meldeten sich neue gewichtige Stimmen zur Unterstützung Mitterands: Monnet, der geistige Vater des europäischen Supertrusts, der "Montan-Union", und Faure, einer der reaktionärsten Propagandisten Lecanuets. Auch der alte Kollaborateur und Verteidiger Petains im Hochverratsprozeß, Isorni, der noch unlängst für einen zum Tod verurteilten französischen Gestapo-Mörder alle Hebel in Bewegung setzte, konnte nicht schweigen:

"Ich stimme für Mitterand, weil mich sein Programm nicht schockiert. Was unterscheidet ihn denn - mit Ausnahme seiner antiklerikalen Einstellung - von den anderen antigauillistischen Kandidaten? Ich weiß, daß er zugesagt hat, nach seiner Wahl eine totale Amnestie (also die Freilassung aller OAS-Banditen, die noch für ihre Verbrechen büßen, Anmkg.) zu verkünden und auch die Sondergerichte aufzulösen, die das Land mit Blut und Schande bedeckt haben (weil sie Kollaborateure, Gestapo-Agenten und OAS-Terroristen verurteilten! Anmkg.). Ich weiß, daß er für Salan (den General, der in Algier einen faschistischen Putsch gegen de Gaulle angezettelt hatte, Anmkg.) eingetreten ist und ich weiß auch, daß er nie ein Wort gegen Petain gesagt hat."

Liberales Parteigänger Mitterands verlangten von ihm, er möge sich doch - schon aus wahltaktischen Gründen, um keine antifaschistischen Wähler zu verlieren - von seinen faschistischen Propagandisten abgrenzen. Nichts dergleichen geschah. Aber auch die Führung der KPF lehnte mit keinem Wort die faschistische Unterstützung für ihren Kandidaten ab, war er doch - wie es Tixier-Vignancour genannt hatte - ein "Kandidat aller Republikaner". Die österreichische "Volksstimme" wehrte übrigens die sich aufdrängenden unangenehmen Fragen in origineller Weise ab:

"Für Mitterand sprachen sich Leute wie Paul Reynaud, Vincent Auriol, Jean Monnet und andere aus, Persönlichkeiten, die einen gewichtigen Teil des französischen Kapitalismus vertreten. Selbst die rechtsstehenden Presseorgane wie 'Le Figaro' und 'Le Soir' distanzieren sich in den letzten Tagen immer deutlicher von de Gaulle. Man hat den Eindruck, daß ein mehrschichtiges Manöver breiter Kräfte des Monopolkapitals im Gange ist, darauf gerichtet, Mitterand durch massive Unterstützung zu ihrem Gefangenen zu machen." (19.12.65)

Doch die Rechten mußten Mitterand nicht erst "fangen", er war von vornherein ihr Mann. Mit allem Nachdruck erklärte er, aus seinem EWG- und NATO-Herzen keine Mördergrube gemacht zu haben und daß auch niemand seiner "linken" Partner von ihm verlangt habe, auf diese seine heiligsten Überzeugungen zu verzichten. Dies wurde ihm ausdrücklich vom Generalsekretär der KPF, Waldeck-Rochet, bestätigt, der am 14. Dezember über Radio Luxemburg ausführte:

"Wir haben niemals den Austritt Frankreichs (aus NATO und EWG) als Bedingung für eine Zusammenarbeit mit den Sozialisten und den anderen Republikanern gestellt. Frankreich muß Freunde und Alliierte im Westen und Osten haben."

Jacques Duclos, Mitglied des Polbüros der KPF, drückte dieselbe Prinzipienlosigkeit in folgender Weise aus:

"Was die EWG anlangt, ist eine positive Zusammenarbeit zwischen der KP und der SP sowie den anderen EWG-freundlichen Republikanern durchaus möglich. Diese Zusammenarbeit würde es ermöglichen, im Rahmen der EWG selbst ... für eine Politik der nationalen Interessen Frankreichs und der Interessen der Werktätigen einzutreten."

Praktisch heißt das, daß sich die KPF-Führung heute schon offen um Pöstchen in der EWG bewirbt und bereit ist, diese dafür als fortschrittlich und den Interessen der Werktätigen dienend preisen zu helfen. Am ungeschminktesten formulierte Daniel Villey, seines Zeichens Jusprofessor an der Pariser Universität, die besondere Mission Mitterands im Interesse der Rechtsextremen:

"Wenn Mitterrand, so Gott will, siegte ... wäre die EWG-Kommission in Brüssel gerettet, ihre Autorität verstärkt und der Weg wäre frei zu den 'Vereinigten Staaten von Europa'. Frankreich würde aufhören, ein verdächtiger Partner der freien Völker zu sein. ... Wir würden wieder uneingeschränkt unseren Platz in der Atlantischen Gemeinschaft zurückgewinnen. Die Pforten der Gefängnisse würden sich öffnen (für die OAS, Anmkg.), die Pieds Noirs würden endlich ein Vaterland finden..."

Da zu alledem die ganze Meute der 'kompetenten' Journalisten den unschlüssigen Bürgern zurief, Mitterrand sei verlässlich, man könne ihm vertrauen und brauche sich auch vor der KPF nicht zu schrecken, die lange nicht mehr der gefährliche Gegner von einst sei, konnte schließlich die Stichwahl steigen. Tatsächlich brachte sie Mitterrand einen beachtlichen Stimmengewinn.

Welche Stimmen waren das? Etwa bisher nicht erfaßte werktätige Schichten des französischen Volkes? Keineswegs. Die größten Triumphe feierte Mitterrand im Süden des Landes, wo die meisten Algerienflüchtlinge wohnen. Die Wahlanalysen ergaben, daß mindestens dreiviertel der faschistischen Wähler der Aufforderung ihrer Führer gefolgt waren, Mitterrand zu wählen. Sein pseudolinker Anstrich störte sie nicht.



Die Weltkoalition der US-Imperialisten mit den sowjetischen Revisionisten kann einen Erfolg für sich buchen. Es ist ihnen zwar nicht gelungen, einen hundertprozentigen Dollarknecht zum französischen Präsidenten zu machen, aber sie hoffen, de Gaulle und dem ihn unterstützenden Flügel der französischen Bourgeoisie einen solchen Schlag versetzt zu haben, daß es nun leichter sein werde, Frankreich in das Joch der NATO und der EWG hineinzuzwängen. Die Zukunft wird zeigen, ob das gelingen wird. Jedenfalls ist schon das Überschäumen dieser Hoffnungen ein sprechendes Indiz dafür, wessen Interessen hinter dem "Unternehmen Mitterrand" steckten.

Was sind die Lehren der französischen Wahlen?

1.) Es hat sich wieder einmal gezeigt, daß die Bourgeoisie ihrer ganzen Natur nach außerstande ist, ein verlässlicher Verteidiger der nationalen Unabhängigkeit eines Landes zu sein. Eine reaktionäre, ausbeuterische Innenpolitik untergräbt unvermeidlich auch die nationale Unabhängigkeit des betreffenden Landes. Daran ändert auch de Gaulle und die gaullistische Politik nichts. Auf dem Boden jener kapitalistischen Verhältnisse, die de Gaulle nicht nur nicht antastete, sondern festigen und konsolidieren half, vollzieht sich das Eindringen des amerikanischen Kapitals, das Ränkespiel der in amerikanischem Sold stehenden Parteien und Zeitungen, die Unterminierungsarbeit gegen die nationale Unabhängigkeit Frankreichs.

2.) Nur die Vertreter des revolutionären proletarischen Klassenkampfes sind auch konsequente Verteidiger der nationalen Unabhängigkeit, unbeirrbar Patrioten. Kommt die Arbeiterbewegung in das Schlepptau bürgerlicher und reformistischer Strömungen und Vorstellungen, so verliert sie nicht nur ihre Fähigkeit, die sozialen Interessen ihrer Klasse wirksam zu verfechten, sondern geht auch ihrer führenden Rolle bei der Verteidigung der nationalen Interessen verlustig. Sie läuft unter solchen Einflüssen Gefahr, zum politischen Wechselgeld in den Auseinandersetzungen der diversen Gruppierungen der Großbourgeoisie zu werden. Was sie unter solchen Umständen für ihren Sieg hält, ist in Wahrheit nur ein Erfolg im Konkurrenzkampf der einen gegen die andere Fraktion der Bourgeoisie.

Die KP Frankreichs hat die Wahlkampagne im Namen des sozialen Fortschritts und des Friedens geführt. Sie kann den traurigen Ruhm für sich in Anspruch nehmen, durch ihre Haltung bei den Präsidentschaftswahlen maßgeblich zur Festigung nicht des sozialen Fortschritts, sondern der kapitalistischen Reaktion beigetragen zu haben. Sie hat nicht den Frieden gestärkt, sondern ihm einen empfindlichen Schlag versetzt, indem sie zur Festigung der beiden Herrschaftsinstrumente der amerikanischen Kriegsbrandstifter in Europa, der EWG und der NATO, beigetragen hat.

Um abschließend noch "unsere" österreichische "Volksstimme" zu erwähnen: Sie tat ihr möglichstes, um ihren revisionistischen Brüdern in Frankreich beiseite zu stehen - nicht nur aus Gründen der revisionistischen "Solidarität", sondern aus aktuellem eigenem Interesse. Schickt sich doch die Führung der KPÖ an, die arbeitenden Menschen unseres Landes aufzufordern, einer Partei die Stimme zu geben, die - ähnlich wie Mitterand in Frankreich - für die EWG, für die NATO und für den US-Imperialismus eintritt, nämlich die SPÖ.

Auch für uns Marxisten-Leninisten sind die Ereignisse rund um die französischen Wahlen von höchstem Interesse. Sie sind uns ein warnendes Beispiel, das veranschaulicht, wohin der moderne Revisionismus eine Partei bringen kann, die einmal eine der stärksten Säulen der kommunistischen Internationale war.

Wir werden aus dem Beispiel lernen. Wir werden Figuren von der Art Mitterands - mögen sie hier Pittermann, Kreisky, Broda oder sonstwie heißen - nicht die Räuberleiter machen. Nur im kompromißlosen Kampf gegen die Entartung der ehemals kommunistischen Parteien zu "linken" Anhängseln bürgerlicher und rechtssozialistischer Politiker und Parteien wird die Partei der wahren Kommunisten wieder erstehen und die revolutionäre Kampfeinheit der Arbeiterklasse geschmiedet werden können, die ihr schließlich den Sieg bringen wird.

J.F.

AUS DEN ORGANISATIONEN

Die VIETNAM-KAMPFWOCHE - ein ermutigender Erfolg

Eine von der Redaktion des "Funken", der monatlich erscheinenden Zeitschrift kämpferischer junger Marxisten, durchgeführte Aktivistenkonferenz faßte im November den Beschluß, in der Vorweihnachtszeit eine "Kampfwoche für Vietnam" zu veranstalten und sich an die "Rote Fahne" mit der Einladung zur Unterstützung dieser Aktion zu wenden.

Nach den entsprechenden Vorbereitungsarbeiten wurde die Kampfwoche schließlich für die Zeit vom 13. bis 18. Dezember festgesetzt und unter reger Beteiligung von Aktivisten des "Funken" und der "Roten Fahne" durchgeführt.

Die jungen Genossen hatten eine auf sechs großen Tafeln montierte ausgezeichnete Wanderausstellung über die Situation in Vietnam angefertigt, die an vier aufeinanderfolgenden Tagen an den wichtigsten Verkehrsknotenpunkten Wiens gezeigt wurde. Den sich immer wieder ansammelnden Interessenten gaben die Betreuer der Ausstellung sachliche Auskünfte und es entspannen sich viele nützliche Diskussionen. Einige Genossen sammelten für den Vietnam-Solidaritätsfonds der "Roten Fahne" und konnten gute Erfolge verzeichnen. Auch in diesem Zusammenhang kam es zu vielen aufklärenden Diskussionen. An der in den selben Tagen durchgeführten Flugblatt-Verteilung beteiligte sich eine von Tag zu Tag wachsende Zahl von Aktivisten.

Die Kampfwoche endete am 18. Dezember mit einem durch die wichtigsten Geschäftsstraßen des Arbeiterbezirkes Favoriten führenden Tafelmarsch. Die 40 mitgeführten und mit Vietnam-Losungen bemalten Tafeln fanden in den vorweihnachtlich belebten Straßen trotz des ungünstigen Wetters starke Beachtung und immer wieder wurde Zustimmung geäußert. Allerdings zeigen die zahlreichen Blitz-Interviews, die einige Genossen in der Menge vornahmen und auf Tonband festhielten, daß es in der Bevölkerung unseres Landes noch viele Unklarheiten über die Ursachen, Hintergründe und Lösungsmöglichkeiten des Vietnamkriegs gibt und die vereinigte imperialistisch-revisionistische Hetze gegen Volkschina den amerikanischen Aggressoren sehr zustatten kommt. Umso wichtiger ist die systematische Aufklärung.

In den Tagen der Kampfwoche wurden allein in Wien über 20.000 Flugblätter (siehe Beilage dieser Nummer!) verteilt. Mit den in der Provinz und noch nach der Vietnam-Woche verteilten Exemplaren hat die Gesamtauflage dieser Flugblätter die Zahl von 30.000 überschritten.

Der ermutigende Erfolg und die offensichtliche Wichtigkeit der durchgeführten Aktion hat bei allen Beteiligten den Wunsch wachgerufen, so bald als möglich eine weitere, in größerem Rahmen gehaltene Kampfkaktion dieser Art zu organisieren.

Anlässlich des 5. Jahrestags der Gründung der Nationalen Befreiungsfront Südvietnams haben die Redaktionen der "Roten Fahne" und des "Funken" den südvietnamesischen Genossen das nachfolgend abgedruckte Schreiben übermittelt:

Wien, im Dezember 1965

An die
Nationale Befreiungsfront
Südvietnams

Liebe Freunde und Genossen !

Zum 5. Jahrestag Eurer Gründung senden wir Euch die heißesten Kampfesgrüße.

Mit größter Begeisterung verfolgen wir Euren immer erfolgreicherem Kampf gegen die amerikanischen Aggressoren. Euer Kampf, der vor noch nicht so langer Zeit sowohl von den Feinden als auch von sogenannten "Freunden" als aussichtslos betrachtet wurde, und den Ihr trotz Drohungen und Terror, trotz Erpressung und "wohlmeinenden" Ratschlägen mit Zähigkeit und Entschlossenheit zu einem wahren Volkskrieg gegen die amerikanischen Imperialisten entwickelt habt, bringt nicht nur Euch immer größere Erfolge und Siege, sondern jeder Eurer Erfolge und Siege ist auch Erfolg und Sieg der ganzen revolutionären Weltbewegung.

Der unter Leitung der Nationalen Befreiungsfront geführte heldenhafte Kampf der Bevölkerung Südvietnams hat allen "neuen Theorien" von der "Qualitätsänderung des Krieges im Atomzeitalter" zum Trotz bewiesen, daß heute wie immer letzten Endes der Mensch entscheidet und nicht die Waffen, mögen sie noch so modern und furchtbar sein.

Dieser Euer unerschrockener Kampf ist daher eine gewaltige Ermunterung für alle unterdrückten Völker, für alle Ausgebeuteten dieser Erde, die Feigen, Kleinmütigen und Verräter beiseite zu schieben und mit verdoppelter Energie den Kampf gegen den Weltimperialismus zu führen, dessen Oberhaupt, der USA-Imperialismus, sich unter den wuchtigen Schlägen, die Ihr ihm versetzt, als ein Koloß auf tönernen Füßen erweist.

Euer Kampf hat aber den USA-Imperialismus auch gezwungen, die Maske des Biedermanns, Wohltäters und Friedensengels abzulegen. Er steht nun vor der gesamten Weltöffentlichkeit restlos entlarvt da in seiner ganzen Häßlichkeit und Grausamkeit als hemmungsloser Räuber und Kriegsbrandstifter.

So wird die Fahne der Nationalen Befreiungsfront Südvietnams immer mehr zum Symbol des Zusammenschlusses aller ehrlichen antiimperialistischen und wirklich friedliebenden Menschen - die in den USA eingeschlossen - gegen den Erzfeind der Völker und des Weltfriedens.

Dies, liebe Freunde und Genossen, wollten wir Euch anlässlich des 5. Geburtstages der Nationalen Befreiungsfront mit tiefster Dankbarkeit sagen. - Wir wissen, daß jede Hilfe eine gegenseitige ist, trotz-

dem kann die Weltsolidarität für Euren Kampf kaum jemals aufwiegen, was Ihr schon bisher durch Euren Heldenkampf für die internationale revolutionäre Sache geleistet habt. Wir wollen Euch an diesem Eurem Festtag versprechen, alles zu tun, was in unseren jetzt noch schwachen Kräften steht, um die Öffentlichkeit Österreichs über Euren gerechten Volkskrieg aufzuklären, um die politische und materielle Solidarität in unserem Lande zu mobilisieren und so wenigstens einen kleinen Teil unserer Dankesschuld an Euch abzutragen.

Wir verneigen uns in tiefster Ehrfurcht vor den gefallenen Helden Eures tapferen Volkes.

Wir wünschen Euch weitere Erfolge und Siege im Kampf gegen die amerikanischen Aggressoren, die unser aller Feinde sind.

Möge der Tag nahe sein, an dem der letzte US-Landräuber, durch Eure Schläge gezwungen, Euer Land verläßt.

Es lebe die internationale revolutionäre Kampfgemeinschaft aller Unterdrückten gegen den unter amerikanischer Führung stehenden Weltimperialismus!

Es lebe die Nationale Befreiungsfront Südvietsams!

Die Redaktion
"FUNK"
Sprachrohr junger Marxisten

Die Redaktion der
"ROTEN FAHNE"
Tribüne der Marxisten-Leninisten
Österreichs

DOKUMENTE - DOKUMENTE - DOKUMENTE - DOKUMENTE

Ministerpräsident Tschou En-lai:

China ist bereit, die amerikanische Herausforderung anzunehmen

Nachfolgend Auszüge aus der Rede Ministerpräsident Tschou En-lais auf dem Empfang, den Tran van Thanh, Leiter der Ständigen Mission der Nationalen Befreiungsfront Südvietsams in China, am Abend des 20. Dezember in Peking zur Feier des 5. Jahrestages der Gründung der Nationalen Befreiungsfront, gab. — Die Red.

„Die amerikanischen Imperialisten stecken jetzt tief im Sumpf ihres Aggressionskrieges gegen Vietnam“, sagte Ministerpräsident Tschou. „Je größer der Krieg, desto schwerer die Niederlagen der amerikanischen Imperialisten und desto größer die inneren und äußeren Schwierigkeiten der Johnson-Regierung. Trotzdem werden sich die amerikanischen Imperialisten mit ihrer Niederlage nicht abfinden. Sie werden ihren

verzweifelten Kampf und ihre abenteuerlichen Aktionen fortsetzen und weiter versuchen, durch Erpressungen mit dem Krieg einen Ausweg zu finden.

Vor kurzem ist der amerikanische Verteidigungsminister McNamara zum siebenten Mal nach Südvietsam gefahren; die Hochgestellten der amerikanischen politischen und militärischen Kreise halten eine Beratung nach der anderen ab, fahren hierhin und dorthin und entwerfen neue Pläne zur Ausweitung des Krieges. Erstens einmal fahren die Vereinigten Staaten fort, Verstärkungen nach Südvietsam selbst zu schicken, bauen große Militärhäfen und Flugplätze und verstärken ihre Streitkräfte zur See. Gleichzeitig bereiten sich die Vereinigten Staaten auch außerhalb Südvietsams auf weitere Aktionen vor.

Dazu gehören: umfassendes Bombardement Nord-Vietnams, einschließlich Haiphongs und Hanoi, um den Kampfwillen des nordvietnamesischen Volkes, sein Vaterland zu verteidigen und dem Süden Hilfe zu leisten, zu untergraben; Störaktionen und Blockade des Golfs von Bac Bo, in der Hoffnung, die Seeverbindungen zur Demokratischen Republik Vietnam abzuschneiden zu können; Bombardement der von der Neo Lao Haksat befreiten mittleren und südlichen Teile von Laos und Vorbereitung der Besetzung dieses Gebietes durch amerikanische, thailändische Truppen und Truppen der laotischen Rechten, um eine Verbindung zwischen Laos, Thailand und Südvietsnam herzustellen; Bombardement und Angriffe auf das Gebiet Xieng Khouang in Laos, um die Hauptverbindungsstraßen, die aus Laos in die Demokratische Republik Vietnam führen, zu blockieren; Anstiftung der thailändischen und südvietnamesischen Marionettencliquen, ihre Angriffe und Störaktionen gegen Kambodscha zu intensivieren, in der Hoffnung, die Grenze zwischen Kambodscha und Südvietsnam abriegeln zu können.

Offensichtlich verfolgen die Vereinigten Staaten das Ziel, Südvietsnam eine totale Blockade aufzuzwingen, das südvietnamesische Volk zu isolieren und es in seinem gerechten Kampf gegen die amerikanische Aggression zur Rettung der Nation der Hilfe zu berauben, um sich so vor der Niederlage in Südvietsnam zu retten. Sollten sie dieses Ziel trotzdem nicht erreichen — und sie werden sicherlich scheitern — so ist es möglich, daß die amerikanischen Imperialisten, gemäß den objektiven Gesetzen, denen die Entwicklung von Aggressionskriegen unterliegt, noch einen Schritt weiter gehen und den Aggressionskrieg auf ganz Indochina und China ausweiten werden. Tatsächlich bereiten sich die amerikanischen Imperialisten jetzt auf diese Möglichkeit vor.“

„Um die Wahrheit über die Ausweitung des Aggressionskrieges verbergen und Zeit gewinnen zu können, Vorbereitungen für ihre wahnwitzigen militärischen Pläne zu treffen, haben die amerikanischen Imperialisten zur Zeit wieder Gesänge der ‚Friedensgespräche‘ angestimmt“, fuhr Ministerpräsident Tschou fort. „Die Johnson-Regierung verbreitet, daß die Vereinigten Staaten ‚bereit sind, an jedem Ort zu verhandeln, ohne Bedingungen zu stellen‘; sie versucht noch einmal, ihren Trick ‚zeitweilige Einstellung des Bombardements‘ auszuspielen, und behauptet, daß sie ‚die Möglichkeit nicht ausschließt, neuerlich das Bombardement einzustellen, um einen Schritt zum Frieden zu tun‘. Infolge des Geschreis der Johnson-Regierung sind einige Leute, die eifrig bemüht sind, den amerikanischen Imperialisten zu helfen, wieder sehr aktiv geworden. Sie spielen ihre Laufburschen und versuchen, die Leute glauben zu machen, daß sich der Charakter der Johnson-Regierung geändert hat und daß diese in der Vietnam-Frage wirklich gewillt ist, das Schlachtmesser aus der Hand zu legen und ihre Aggression aufzugeben.“

„Aber die Völker haben mit den Tricks der Johnson-Regierung schon ihre Erfahrungen“, fuhr Ministerpräsident Tschou fort. „Seit Anfang dieses Jahres arbeitet sie mit ihrem ‚Friedensgesprächs‘-Trick, und zwar jedesmal, wenn Verstärkungen nach Südvietsnam gebracht

werden und ein weiterer Schritt zur Eskalation des Aggressionskrieges in Vietnam getan wird. In Wirklichkeit sind in ihren sogenannten ‚Verhandlungen ohne Vorbedingungen‘ aber doch Bedingungen enthalten; mit anderen Worten gesagt, das südvietnamesische Volk soll seine Waffen niederlegen und den Widerstand einstellen, und das nordvietnamesische Volk soll seine Landsleute im Süden nicht mehr unterstützen.“

Es hat sich schon lange herausgestellt, daß die ‚zeitweilige Einstellung des Bombardements‘ im Mai dieses Jahres nur eine plumpe Erpressung mit dem Krieg war. Man weiß ganz gut, daß die Johnson-Regierung mit ihrer Doppeltaktik nur ein Ziel verfolgt, nämlich Südvietsnam besetzt zu halten, die Teilung Vietnams zu verewigen und Südvietsnam in eine amerikanische Kolonie und einen aggressiven Stützpunkt zu verwandeln. Aus diesem Grund haben die amerikanischen Imperialisten diesen Aggressionskrieg entfesselt und ausgeweitet, und aus eben demselben Grund schreien sie nach ‚Verhandlungen ohne Vorbedingungen‘ und bereiten sich sogar vor, neuerlich die Farce der ‚zeitweiligen Einstellung des Bombardements‘ zu spielen. Dieses Ziel bleibt trotz aller Änderungen immer dasselbe. Die amerikanischen Imperialisten werden ihre arroganten Versuche nicht aufgeben, bis sie endgültig besiegt worden sind. Bevor das eingetreten ist, ist das Geschrei der Johnson-Regierung nach ‚Verhandlungen ohne Vorbedingungen‘ und nach einer ‚zeitweiligen Einstellung des Bombardements‘ nur ein Vorspiel und ein Deckmantel bei der Ausweitung des Krieges.

Die Tatsachen sind ganz klar. Nicht das vietnamesische Volk hat eine Aggression gegen die Vereinigten Staaten verübt, sondern die Vereinigten Staaten haben Vietnam angegriffen. Einzig und allein die amerikanischen Imperialisten haben einen Aggressionskrieg gegen das vietnamesische Volk entfacht. Deshalb kann die Befreiung Südvietsnams und die friedliche Wiedervereinigung Vietnams nicht auf der Grundlage der von den Aggressoren gestellten Bedingungen verwirklicht werden, sondern nur aufgrund des Vier-Punkte-Vorschlages der Regierung der Demokratischen Republik Vietnam vom 8. April und der Fünf-Punkte-Erklärung der Nationalen Befreiungsfront Südvietsnams vom 22. März, nämlich: die amerikanischen Imperialisten müssen ihre Aggression gegen Vietnam einstellen, alle amerikanischen Truppen und alles Kriegsmaterial aus Südvietsnam abziehen und dem vietnamesischen Volk ermöglichen, seine Probleme selbst zu lösen. **Mit einem Wort, die Aggressoren müssen aus Vietnam abziehen; es gibt keine andere Wahl.**

Anstatt die obenerwähnten vernünftigen Vorschläge des vietnamesischen Volkes anzunehmen, weiten die amerikanischen Imperialisten ihren Aggressionskrieg in Vietnam ‚schrittweise‘ aus. Unter diesen Umständen hat das vietnamesische Volk keine andere Wahl, als den Kampf entschlossen und energisch weiterzuführen, bis es die amerikanischen Aggressoren aus Vietnam vertrieben hat. Das einzige, was alle friedliebenden Länder und Völker tun können, ist, das vietnamesische Volk im Kampf zum völligen Sieg über die amerikanischen Aggressoren entschlossen zu unterstützen.

Um so mehr ist es internationalistische Pflicht jedes sozialistischen Landes, dem vietnamesischen Brudervolk alle nur mögliche Hilfe zu leisten. Es ist deshalb ein wichtiges Kriterium für die Beurteilung, ob der Anti-imperialismus eines sozialistischen Landes echt oder nur scheinbar ist und ob es dem vietnamesischen Volk wirklich oder nur scheinbar hilft, daß es den gerechten Standpunkt der Demokratischen Republik Vietnam und der Nationalen Befreiungsfront Südvietnams im Kampf gegen die amerikanische Aggression zur Rettung der Nation energisch unterstützt, daß es unablässig den Friedensgesprächsschwindel der amerikanischen Imperialisten enthüllt und bekämpft und daß es dem vietnamesischen Volk wirklich rechtzeitig wirksame und praktische materielle Hilfe leistet.

Wenn jemand das vietnamesische Volk nur oberflächlich ein wenig unterstützt, während er heimlich mit den amerikanischen Imperialisten zusammenarbeitet, wenn er nur ein paar Losungen gegen die Aggression der amerikanischen Imperialisten in Vietnam aufstellt, während er in Wirklichkeit dem Friedensgesprächsschwindel der amerikanischen Imperialisten Vorschub leistet, wenn er nur im Mund führt, daß sich die sozialistischen Länder gegen die amerikanischen Imperialisten vereinigen sollen, während er in Wirklichkeit Zwietracht sät, um die Einheit des vietnamesischen Volkes gegen die amerikanische Aggression und die Einheit des vietnamesischen und chinesischen Volkes gegen den amerikanischen Imperialismus zu untergraben, dann hilft er dem vietnamesischen Volk sicherlich nicht, sondern versucht, aus der revolutionären Sache des vietnamesischen Volkes Kapital für seine schmutzigen Geschäfte mit den Vereinigten Staaten zu schlagen, und hofft, durch eine solche „Hilfe“ seine versteckten Ziele zu erreichen. Das ist nicht nur ein Verrat am vietnamesischen Volk, sondern

auch ein Verrat an den Völkern aller sozialistischen Länder und den Völkern der ganzen Welt, der nicht zugelassen werden kann.“

Abschließend sagte Ministerpräsident Tschou: „Das heroische vietnamesische Volk läßt sich nicht einschüchtern oder betrügen. Es weiß aus eigener Erfahrung sehr gut, daß die amerikanischen Imperialisten besiegt werden müssen und besiegt werden können, wenn sie auch noch so grausam sind und auf welcher Stufe sie auch den Krieg auszuweiten versuchen, und daß die heilige Sache des vietnamesischen Volkes, Befreiung des Südens, Verteidigung des Nordens und Wiedervereinigung des Vaterlandes, siegen wird.“

Als brüderlicher Nachbar, der mit dem vietnamesischen Volk so eng verbunden ist wie Lippen und Zähne, unterstützen die chinesische Regierung und das chinesische 650-Millionen-Volk das vietnamesische Volk energisch in seinem gerechten Kampf gegen die amerikanische Aggression zur Rettung der Nation, den Vier-Punkte-Vorschlag der Demokratischen Republik Vietnam und die Fünf-Punkte-Erklärung der Nationalen Befreiungsfront Südvietnams. Das chinesische Volk ist gut vorbereitet. Wenn die amerikanischen Imperialisten darauf bestehen, den Weg der Kriegsausweitung weiterhin zu gehen und eine neuerliche Kraftprobe mit dem chinesischen Volk wollen, dann wird das chinesische Volk die Herausforderung entschlossen annehmen und den Krieg bis zum Ende führen. Komme, was will, das chinesische Volk wird unerschütterlich an der Seite des vietnamesischen Brudervolkes stehen und alle Anstrengungen machen, um die amerikanischen Imperialisten zu schlagen und endgültig zu besiegen.“

Peking Rundschau Nr. 52

28. Dezember 1965

Bertrand Russell:

„Vereinigen wir uns und leisten wir dem USA-Imperialismus Widerstand“

- Der USA-Imperialismus ist die Hauptursache der Ausbeutung und Unterdrückung sowie der heutige Hauptfeind der Wohlfahrt der Völker auf der ganzen Welt.
- Aufruf an alle Völker, sich zu vereinigen und gegen den amerikanischen Imperialismus zu kämpfen.
- Wenn die Sowjetregierung sucht, sich durch eine Verringerung des Kampfes um nationale Befreiung und Sozialismus oder sogar eine Opposition gegen diesen Kampf bei den Vereinigten Staaten beliebt zu machen, wird es weder Frieden noch Gerechtigkeit geben.

In einer Grußbotschaft an die kommende Solidaritätskonferenz der afrikanischen, asiatischen und lateinamerikanischen Völker schrieb der englische Philosoph Bertrand Russell am 26. November:

„In der jetzigen welthistorischen Epoche ist der amerikanische Imperialismus zur Hauptursache der Ausbeutung und Unterdrückung auf der Welt geworden. Die Vereinigten Staaten besitzen und kontrollieren fast

60 Prozent aller auf der ganzen Welt vorhandenen Rohstoffquellen und Naturschätze, aber nur sechs Prozent der Weltbevölkerung leben in den USA. Das ist der Hauptgrund dafür, daß nahezu zwei Drittel der Weltbevölkerung hungern. Um dieses grausame Ausplünderungssystem zu schützen, haben die Vereinigten Staaten eine einmalige Kriegsmaschine geschaffen.

Im Verlauf der Geschichte hat es viele grausame und raubgierige Imperien und Systeme imperialistischer Ausbeutung gegeben, aber keines dieser Imperien und Systeme hatte eine derartige Machtfülle wie der amerikanische Imperialismus. Die ganze Welt ist mit einem Netz von 3300 amerikanischen Militärstützpunkten überzogen, die verhindern sollen, daß sich die Opfer der Ausbeutung gegen die Herrschaft des amerikanischen Kapitalismus erheben und verhindern, daß der Reichtum ihres Landes und das Schicksal ihrer Völker von den Vereinigten Staaten beherrscht wird. Die hauptsächlichsten Punkte der internationalen Politik der Vereinigten Staaten bestanden allein in den letzten drei Jahren aus Fallschirmspringerinterventionen, Landung von Marineinfanterie, Mord, Staatsstreichen und der Bestechung korrupter Politiker . . . Es muß darauf aufmerksam gemacht werden, daß der amerikanische Kapitalismus eine Rüstungsindustrie derartigen Ausmaßes benötigt, daß sie mehr als 50 Prozent der gesamten wirtschaftlichen Tätigkeit der Vereinigten Staaten darstellt. Von 100 Cents werden von der amerikanischen Regierung 77 für Militärausgaben verwendet. Die Großindustrie erhält alljährlich Aufträge von Milliarden Dollar vom Militär, und die Führer der Militärdienststellen sind Mitglieder der Aufsichtsräte derjenigen Firmen, die die Aufträge erhalten . . . **Dieses raubgierige Ausbeutungssystem ist heute der Hauptfeind der Wohlfahrt aller Völker der Welt.**

Dann zählte Russell die amerikanischen Interventionen und Aggressionen in Asien, Afrika und Lateinamerika auf. Er erinnerte an die von den Vereinigten Staaten in Brasilien, Argentinien, Ekuador, Bolivien, Guatemala und Honduras inszenierten militärischen Staatsstrieche und verurteilte die Vorgangsweise der amerikanischen Regierung gegen die Dominikanische Republik. Er sagte: „Die Tatsache, daß diese nackte Aggression von den Vereinten Nationen entschuldigt wurde und daß die Vereinigten Staaten, trotzdem sie die UNO-Charta auf gröbliche Weise verletzt, nicht aus den Vereinten Nationen ausgeschlossen wurden, zeigt, daß die Vereinten Nationen ein Werkzeug der amerikanischen Aggression sind; das wurde durch die Aggression der USA in der Dominikanischen Republik deutlich.“ Russell drückte seine vollen Sympathien für den Kampf des Volkes der Dominikanischen Republik aus.

Bertrand Russell enthüllte besonders die erschütternden Verbrechen der Vereinigten Staaten in Süd-Vietnam, ehrte das unbeugsame vietnamesische Volk und sagte, daß die Vereinigten Staaten „einen räuberischen Imperialismus darstellen und nirgends grausamer und rücksichtsloser sind als in Vietnam . . . und noch immer leistet das vietnamesische Volk nach 25 Jahren des Kampfes gegen drei große Industriemächte Widerstand. **Das Volk von Vietnam ist heldenhaft und sein**

Kampf ist episch; eine erschütternde und ständige Erinnerung an den unglaublichen Kampfgeist, dessen Menschen fähig sind, wenn sie sich einem edlen Ideal geweiht haben. Ehre dem Volk von Vietnam!“

Er kam zu dem Schluß, daß die wirkliche Bedrohung des Weltfriedens von der ungeheuren Kriegsmaschine der Vereinigten Staaten herrührt. Er führte aus: „Die 3300 über fünf Kontinente verteilten Militärstützpunkte, die von der ungeheuren Rüstungsindustrie der Vereinigten Staaten aufrechterhalten werden, stellen ein weltweites Unterdrückungssystem dar. Sie sind die wirkliche Bedrohung des Friedens und die wirkliche Quelle der Gefahr eines atomaren Weltkrieges.“

Kraft seiner eigenen Erfahrung und Einsicht betonte der englische Philosoph, daß der Weltfrieden nicht dadurch verwirklicht werden könnte, daß man den amerikanischen Imperialismus „bittet“, sich besser zu benehmen, sondern nur durch den gemeinsamen Kampf aller Völker gegen den amerikanischen Imperialismus. Die Solidaritätskonferenz der afrikanischen, asiatischen und lateinamerikanischen Völker, sagte er, „muß furchtlos die Mittel zur Vernichtung dieses Imperialismus und zur Erlangung des Weltfriedens in Betracht ziehen. Ich habe die friedliche Koexistenz aus der Überzeugung heraus unterstützt, daß ein Konflikt im Atomzeitalter nur katastrophale Folgen haben kann. Diese Überzeugung war auf der Hoffnung begründet, daß die Vereinigten Staaten überredet werden könnten, zu einem Übereinkommen mit den sozialistischen und kommunistischen Ländern zu kommen. Es ist nun schmerzhaft klar geworden, daß der amerikanische Imperialismus nicht zu einer Einstellung seiner Aggressionen, seiner Ausbeutung und seiner Grausamkeit gebracht werden kann. In jedem Teil der Welt liegt die Ursache des Krieges und der Leiden beim amerikanischen Imperialismus. Wo es Hunger, wo es ausbeuterische Tyrannei gibt, wo Menschen gefoltert werden, wo die Massen unter der Wucht von Krankheit und Hunger zugrunde gehen, stammt die Gewalt, die die Völker niederhält, aus Washington. **Deshalb kann die friedliche Koexistenz nicht durch einen Appell an die amerikanischen Imperialisten, sich besser zu benehmen, erreicht werden, und der Frieden kann nicht dadurch verwirklicht werden, daß man seine Hoffnungen auf den guten Willen dieser Leute setzt.“**

Er betonte: „Kriege und Unterdrückung haben in den Angelegenheiten der Menschheit eine lange Geschichte. Sie können ohne Kampf nicht überwunden werden. Eine Welt frei von Ausbeutung und Fremdherrschaft, eine Welt der Wohlfahrt für die Volksmassen aller Erdteile, eine Welt des Friedens und der Brüderlichkeit muß erkämpft werden. Das ist die Lektion, die uns der amerikanische Imperialismus lehrt. Das ist keine angenehme Lektion, aber wir werden nichts erreichen, wenn wir sie außer acht lassen.“

Er sagte: „Der Kampf der Volksmassen der unterdrückten Völker wird die Rohstoffe und Naturschätze der Kontrolle des amerikanischen Imperialismus entziehen und dadurch das Volk der Vereinigten Staaten selbst stärken, das sich bemüht, seine grausamen Herren, die seine Revolution und seine Regierungsgewalt usurpiert haben, zu ver-

stehen und dann zu überwinden.“ Er fügte hinzu: Das amerikanische Volk „wird eines Tages die entscheidende Rolle bei der Vernichtung des amerikanischen Imperialismus und der Schaffung der Bedingungen für einen ewigen Frieden spielen“. Er kritisierte eine „schwache, unmoralische Einwilligung in die amerikanische Herrschaft, die zu nichts führt und von humanen Menschen nicht geduldet werden kann“.

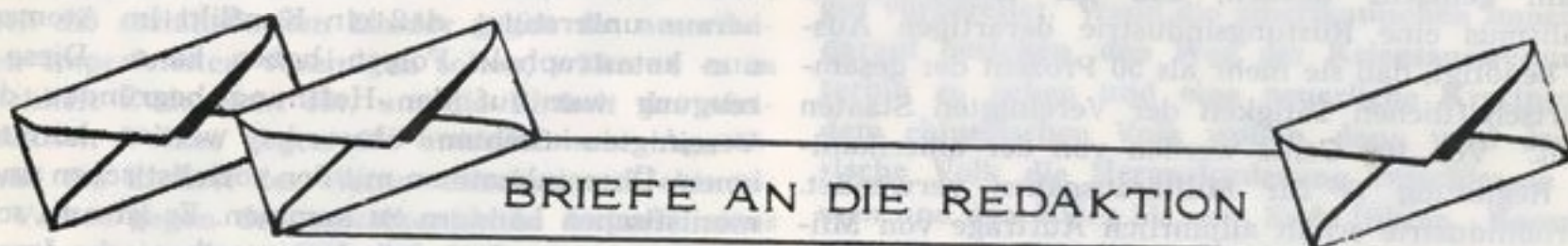
Er sagte: „Wenn die Sowjetunion in ihrem Wunsch nach Frieden — der zwar lobenswert ist — versucht, sich durch eine Verringerung des Kampfes um nationale Befreiung und Sozialismus, oder sogar eine Opposition gegen diesen Kampf bei den Vereinigten Staaten beliebt zu machen, wird es weder Frieden noch Gerechtigkeit geben. Der amerikanische Imperialismus hat uns mit hinreichenden Beweisen über seine Natur und seine Praktiken versorgt. Die Menschen der ganzen Welt sind dafür Zeuge.“

Abschließend appellierte Bertrand Russell an die Völker der ganzen Welt, gemeinsam gegen den amerikanischen Imperialismus zu kämpfen, da dies der einzige Weg sei, die Vereinigten Staaten an der Entfesselung eines Atomkrieges zu hindern. „Die Gefahr eines

Atomkrieges“, sagte er, kann man nicht verhindern, wenn man sich vor der Macht der Vereinigten Staaten fürchtet. Im Gegenteil, je mehr die Verfechter der Macht in den Vereinigten Staaten angesichts der Ablehnung ihrer Prinzipien und des Widerstandes der ganzen Welt gegen ihre Akte isoliert werden, desto mehr Chancen haben wir, eine nukleare Massenvernichtung vermeiden zu können. Es ist eine Illusion der amerikanischen Imperialisten, daß sie ihr Ziel, die Völker niederzuschlagen, mit Hilfe von Waffen, die heute die Hauptursache der nuklearen Gefahr darstellen, erreichen könnten. Aber wenn die Völker Perus, Guatemalas, Venezuelas, Kolumbiens, Vietnams, Thailands, Kongos, Kameruns, der Vereinigten Staaten und Englands — alle Völker der Welt — demonstrieren, kämpfen und Widerstand leisten, dann hilft auch nukleare Gewalt nicht. Sie wird nur den vernichten, der sie anwendet. Vereinigen wir uns und leisten wir dem USA-Imperialismus Widerstand.“

Peking Rundschau Nr. 50

14. Dezember 1965



DIE KPÖ HILFT JENEN, DIE DER BOURGEOISIE HELFEN

Der Paukenschlag, wenn ein solcher überhaupt noch notwendig war, ist erfolgt. Für diejenigen Marxisten-Leninisten, welche sich bisher über die Rechtsabweichung der KPÖ noch nicht völlig im Klaren waren, kann es nun absolut keinen Zweifel mehr geben, daß eine weitere Unterstützung der KPÖ einer objektiven Unterstützung der SP-Führung gleichkäme, was wiederum eine direkte Verteidigung der in Österreich bestehenden Diktatur der Bourgeoisie bedeutet.

H.F. 00

DIE ZUSAMMENARBEIT USA-SU

Wir haben in meinem Bekanntenkreis über die in der "Roten Fahne" entwickelten Ansichten viel diskutiert. Die Entwicklung der letzten Monate bestätigt Eure Ansichten...

Bei meinen Freunden und mir handelt es sich um ehemalige Sozialdemokraten. Die immer enger werdende russisch-amerikanische Zusammenarbeit zwingt uns Sozialisten tatsächlich zu neuen Überlegungen und möglicherweise zu organisatorischen Konsequenzen.

K.N. aus D.

AUS DEM LETZTEN BRIEF DES GENOSSEN MICHAEL ROTH

Es freut mich sehr, daß ich Dir Namen und Anschrift eines guten Genossen bekanntgeben kann, der sich immer bemüht hat, ein wirklicher Kommunist zu sein und der nichts übrig hat für die Revisionisten... Wenn es so weitergeht, sind die Revisionisten bald pleite.

Wenige Tage, nachdem wir den Brief des Genossen Michael Roth erhielten, aus dem wir den einleitenden Satz abdruckten, erreichte uns die erschütternde Nachricht vom plötzlichen Tod unseres so treuen Freundes. Er hat nie viel Aufhebens davon gemacht, wie schlecht es ihm gesundheitlich geht und war immer ein tapferer Verteidiger der Arbeitersache. Wir werden sein Andenken in Ehren halten.

DIE REDAKTION

DIE PROPAGANDA MIT DEM SCHILLING

Die Wirtschaftstheoretiker der SPÖ - und jetzt auch schon die der KPÖ - gehen davon aus, daß man Schwankungen in der wirtschaftlichen Entwicklung des Kapitalismus (Krisen) verhindern bzw. den ka-

Abonnieren Sie chinesische Zeitschriften!

PEKING RUNDSCHAU

(Wochenschrift in deutscher Sprache)

Sie vermittelt Ihnen:

- Chinas Ansichten über aktuelle internationale Fragen
- Theoretische Artikel und wichtige Dokumente
- Autoritative Berichte über die Entwicklung in China
- Illustrationen, Karikaturen, Karten und Tabellen

Abonnementszustellung in alle Welt per Luftpost

Jahresabonnement	S 100,-
Zweijahresabonnement	150,-
Dreijahresabonnement	200,-

*Erhältlich in Englisch, Französisch, Deutsch, Indonesisch,
Japanisch und Spanisch*

★★★★★

CHINA IM BILD

(Monatsschrift in deutscher Sprache)

Eine große und umfassende, farbig illustrierte Monatsschrift. In schönen Bildern und interessanten Artikeln berichtet sie von den Leistungen beim Aufbau des Sozialismus in China. Sie spiegelt die Vielfalt des Lebens aller Nationalitäten Chinas wieder, wie sie für den Kampf gegen den Imperialismus, zur Verteidigung des Weltfriedens und an der Festigung der Freundschaft der Völker arbeiten. Durch die Bilder und Materialien dieser Zeitschrift gewinnt man einen Überblick über die landschaftlichen Schönheiten Chinas, seine Bräuche, Sitten und seine alte traditionelle Kultur.

Jahresabonnement	S 50,-
Zweijahresabonnement	75,-
Dreijahresabonnement	100,-

Herausgeber: VERLAG FÜR FREMDSPRACHIGE LITERATUR, Peking, China

Vertrieb: GUOZI SHUDIAN (Vertriebszentrum chinesischer Publikationen),

BESTELLUNGEN WERDEN ERBETEN AN:

→ WIEN 1151 ←
POSTFACH 82

pitalistischen Wirtschaftsablauf ziemlich gleichmäßig vor sich gehen lassen könnte, indem man staatliche Maßnahmen ergreift, sobald es in einem Wirtschaftszweig zu Schwierigkeiten kommt. So soll die Arbeitslosigkeit vermieden und die Vollbeschäftigung gesichert werden. Und woher sollen die finanziellen Mittel kommen, die der kapitalistische Staat für seine "Stützungsmaßnahmen" braucht?

Nicht von den Kapitalisten, sondern vom arbeitenden Volk! Die SPÖ-Führung bezieht diesen Standpunkt, indem sie sich bereit erklärt, ständige Preisssteigerungen zu akzeptieren, wobei sie eine jährliche Teuerung von zwei bis drei Prozent als durchaus "vertretbar" bezeichnet.

Andererseits bleiben die Unternehmer nicht tatenlos. Sie nutzen die Situation weidlich aus, indem sie - neben den Mehrprofiten, die sie aus der Produktivitätssteigerung ziehen - bei der Preiserstellung gleich die "planmäßige" Wertverminderung des Schillings einkalkulieren - was natürlich zu einer noch rascheren Teuerung führt.

So geht das Spiel "lustig" weiter: Es wird ständig "stabilisiert", "konsolidiert" und "subventioniert" - und die Teuerung und Geldentwertung wird immer ärger, zum Nachteil der arbeitenden Bevölkerung. In einer solchen Situation die Forderung nach "Erhaltung der Kaufkraft des Schillings" zu stellen, wie das jetzt auch die KPÖ tut, mag dem oberflächlichen Betrachter zwar verständlich erscheinen, ist aber eine glatte Irreführung. Es leitet nur neues Wasser auf die Mühlen der Unternehmer, denn die einzige Wirkung, welche diese Forderung hat, besteht darin, die Arbeiter vom einzig möglichen Weg der Erhöhung des Reallohns, nämlich der Durchsetzung von Lohnerhöhungen abzulenken! In der Zeit, bis es dann dennoch zu Lohnerhöhungen kommt, weil alle anderen Mittel, Hoffnungen und "Maßnahmen" versagt haben, scheffeln die Unternehmer Milliarden Gewinne.

Ein Betriebsrat

EIN NEUES RÜCKGRAT

Aus der KPÖ bin ich zornig ausgetreten, als man in der Sowjetunion die Genossen Molotow, Kaganowitsch, Malenkow, Schepilow und andere als "Parteifeinde" bezeichnete und aus dem ZK der KPdSU ausgeschlossen hat. Schon wegen der Verurteilung des großen internationalen Arbeiterführers J.W. Stalin war ich sehr empört, aber als man nach Stalin auch seine engsten Kampfgefährten verurteilt hat, da hat es mir gereicht. Ich bin nach wie vor der festen Überzeugung, Stalin war einer der Größten nach Lenin. Nur Feinde können es sein, die Stalin so gemein in den Schmutz gezerzt

haben. Wenn man der internationalen kommunistischen Bewegung Schaden zufügen will, dann muß man das Vertrauen zur Politik Stalins zerstören - das haben vor den Revisionisten auch schon die Imperialisten gewußt.

Ich freue mich sehr, daß es auch in Österreich starke Genossen gibt, die sich gegen den revisionistischen Strom stellen und die Ehre und Wahrheit der marxistisch-leninistischen Idee hochhalten. Für jeden ehrlichen fortschrittlichen Menschen waren die letzten Jahre nervenaufreibend und zermürbend. Die revisionistische Wühlarbeit gegen die kommunistische Weltbewegung hat fürchterlichen Schaden angerichtet und tausende aufrechte Genossen verwirrt und lahmgelegt. Es wird lange dauern, um über allen diesen Schaden hinwegzukommen.

Ich selbst hatte an die kommunistische Bewegung meinen Glauben verloren. Erst die chinesischen Genossen haben mir wieder den Glauben an die kommunistische Idee zurückgegeben. Trotzdem ist es schwer, den alten Elan wiederzufinden. Nach soviel Falschheit wird man doch mißtrauisch.

Die "Rote Fahne" werde ich unterstützen - sie ist mir wie ein neues Rückgrat. Als Arbeiter muß man ein klares Kampfziel haben.

Ich bin überzeugt: der ganze revisionistische Sumpf wird nach hartem, langwierigem Ringen erfolgreich überwunden werden. Die Arbeiterbewegung wird machtvoll dem Weg Lenins und Stalins folgen.

G.R. aus W.

DAS HABSBURGER-NEST IM ÖSTERREICHISCHEN BUNDESHEER

Betreffend den in Nr. 42 der "Roten Fahne" auf Seite 6 veröffentlichten Artikels "Ein neuer Bundesheer-General", letzter Absatz (zur Angelegenheit des Habsburger Eides) können wir eine Ergänzung bringen: Es gibt im Bundesheer mehrere hohe Offiziere, welche einen geheimen Eid auf Otto Habsburg geschworen haben, bevor sie ihre Offizierskarriere machten. In Graz gibt es z.Bsp. einen Samariter mit blauem Barett, welcher Kommandant des UNO-Sanitätskontingents in Zypern gewesen ist. Dieser Herr "republikanische" Offizier - Oberstleutnantarzt Dr. NARODOSLAVSKI, Inhaber eines hohen Ordens der Republik Österreich - hat seinerzeit einen kirchlichen Eid auf Otto Habsburg geschworen (in der Grazer Münzgrabenkirche vor Pater "Amandus"). Hat der heutige Herr Oberstleutnant darüber was zu sagen? Hat er in seinem "Lebenslauf" davon Erwähnung gemacht? Und wird sich der Herr Staatssekretär Rössch für diesen Fall interessieren? Auch im Abwehrdienst des Bundesheeres befindet sich ein hoher Offizier, welcher auf Otto eingeschworen wurde.

Wir Antifaschisten und wirklichen Repu-

blikaner werden in der nächsten Zeit weitere Einzelheiten über diesen geheimen Habsburger-Ring veröffentlichten. Zuerst wollen wir die Reaktion der Öffentlichkeit und der Behörden sehen.

Eine Gruppe revolutionärer
Kommunisten aus Graz

EINE NEUE ORGANISATION IST NOTIG

Der Schritt, der in der Nummer 44 der "Roten Fahne" vorgeschlagen wurde, muß tatsächlich getan werden, weil die bisherige Politik der KPÖ einfach unmöglich ist. Man kann die Führer des ZK der KPÖ bereits als Aristokraten des Revisionismus bezeichnen. Sie unterscheiden sich in keiner Weise von

den Führern der SPÖ. Wenn man die "Volksstimme" liest, ist man über die Lahmheit der KPÖ-Politik wahrhaft erschreckt.

Eine kommunistische Partei muß eine revolutionäre Partei sein. Ich für meine Person bin nur bereit, bei einer wirklich revolutionären Partei mitzuarbeiten, alles andere kommt für mich nicht in Frage.

Der Artikel über Marschall Malinowski hat mir sehr gut gefallen. Nur wurde vergessen zu erwähnen, daß der Nazi-Offizier Fussenegger auch Mitglied des illegalen "Nationalsozialistischen Soldaten-Rings" gewesen ist. Der Herr Sowjetmarschall hätte das wissen müssen.

Josef I.

EINE ANTIALBANISCHE PROVOKATION IN BULGARIEN

Wie bekannt, wurde vor einiger Zeit in Varna das erste Festival des Balkanfilms abgehalten. Um dem Ziel des Festivals, dem guten Verstehen und der Freundschaft zwischen den Völkern des Balkans zu dienen, nahm auch die Volksrepublik Albanien mit einer Delegation teil, um eine Anzahl von Filmen vorzuführen. Unglücklicherweise wurde diese Gelegenheit von den bulgarischen Autoritäten, die Gastgeber und Organisatoren dieses Festivals waren, zu einer Provokation gegen die VR Albanien ausgenutzt. Unter diesen Bedingungen war die albanische Delegation nach einem energischen Protest beim Komitee des Festivals am 12. August gezwungen, ihren Standpunkt auf einer Pressekonferenz in Varna gegen diese antialbanische Provokation darzulegen und aus diesem Grunde das Festival zu verlassen. Am gleichen Tag ließ die albanische Delegation allen Teilnehmern des Festivals ein Schreiben folgenden Inhalts zugehen:

Die albanische Delegation beim ersten Filmfestival der Balkanländer kam rechtzeitig und in voller Übereinstimmung mit der vom Festivalkomitee ergangenen offiziellen Einladung. Sie kam mit dem guten Willen, zur Erfüllung der durch die Statuten des Festivals des Balkanfilms festgesetzten Ziele beizutragen. Dies wird auch bestätigt durch die aktive Teilnahme der Delegation an allen auf Grund des Programms durchgeführten Veranstaltungen und durch die Interviews, welche den verschiedenen Journalisten für die Presse und das Radio gewährt wurden. Während der schöpferischen Gespräche mit den verschiedenen Fachleuten, insbesondere mit bulgarischen, tauschten die Mitglieder der albanischen Delegation ihre Gedanken und Erfahrungen in bezug auf die Kunst der Kinematographie aus. Diese Gespräche erwiesen sich als gegenseitig wertvoll und fruchtbar.

Aber wir mußten feststellen, daß in den Kinotheatern Varnas zur Zeit der Festivalvorführungen der griechische Film "Himmel" gezeigt wurde, in welchem die chauvinistischen und absurden territorialen Ansprüche Griechenlands auf das sogenannte Gebiet von Nord-Epirus, wie die griechischen Chauvinisten den südöstlichen Teil Albaniens nennen, der ein großes Territorium der Volksrepublik Albanien darstellt, wiederholt wurden. In dem Film wird dieses Gebiet als griechisches Mutterland bezeichnet. Dies ist eine offene Provokation der bulgarischen Regierung, dem Organisationsland des ersten Festivals, das diesen Film genau zum Zeitpunkt des Festivals des Balkanfilms in Varna aufführen ließ.

Die albanische Delegation setzte sofort das Direktionskomitee des Festivals davon in Kenntnis. Nach 24 Stunden hatte besagtes Komitee noch keinerlei Maßnahmen zur Beseitigung dieses Zwischenfalls unternommen. Die albanische Delegation prote-

stierte abermals auf das energischste beim Vorsitzenden des Direktionskomitees. Obwohl die Bulgaren sich entschuldigten und die nötigen Maßnahmen zusagten, scheint auch heute noch, am Tage der albanischen Kinematographie, die Reklame für den griechischen Film "Himmel" in der ganzen Stadt auf. Deshalb trägt die bulgarische Seite die volle schwere Verantwortung für die Folgen, die diese Provokation nach sich ziehen kann. Dies ist eine absichtliche Provokation, die sich gegen den Geist des Festivals und gegen die albanisch-bulgarische Freundschaft richtet; sie dient der antialbanischen Politik der chauvinistischen griechischen Kreise und dem amerikanischen Imperialismus sowie der trennenden Politik unter den Balkanvölkern, und nicht der Freundschaft und dem Verständnis, deren Zwecken das Festival dienen soll. Unter diesen Umständen ist ein weiteres Bleiben beim ersten Festival des Balkanfilms für die albanische Delegation unmöglich und sie protestiert energisch gegen diesen häßlichen Akt.

Vor ihrer erzwungenen Abreise, für welche die bulgarische Seite die volle Verantwortung trägt, erklärte die Delegation noch einmal, daß sie die guten Absichten des ersten Balkan-Filmfestivals voll unterstütze. Die albanische Delegation gibt ihrem Bedauern Ausdruck, daß es schon beim ersten Festival zu einer derart niedrigen Provokation kommen konnte, die sich gegen die territoriale Unversehrtheit und die nationale Unabhängigkeit der Volksrepublik Albanien richtete. Die Delegation behält sich ihr Recht vor, an anderen Festivals dieser Art teilzunehmen.



ABONNIERT DIE "ROTE FAHNE" !

Die regelmäßige Lektüre der "Roten Fahne" gehört heute zu den Selbstverständlichkeiten nicht nur für jeden auf revisionistische Scheuklappen verzichtenden Kommunisten, sondern bildet eine immer wichtigere Quelle politischer Information für jeden an der revolutionären Bewegung interessierten Menschen.

Wir sind gerne bereit, ernstesten Interessenten die "Rote Fahne" einige Zeit hindurch kostenlos zuzusenden, um ihnen ein Urteil über sie zu ermöglichen. Auf die Dauer aber sichert natürlich nur ein Abonnement die pünktliche und lückenlose Zusendung der Zeitung.

Jahresabonnement S 65,-

Halbjahresabonnement 35,-

(Postscheckkonto Nr.173.848)

Ein Abonnement gewährleistet außerdem die kostenlose Belieferung mit allen erscheinenden Sondernummern sowie mit einer Vielzahl wichtiger politischer Broschüren und aktuellem Informationsmaterial aus der revolutionären Weltbewegung.

Eigentümer, Herausgeber, Verleger, für den Druck und den Inhalt verantwortlich : Franz S t r o b l, Wien 15., Goldschlagstr.64

P.b.b.

Erscheinungsort Wien

Verlagspostamt Wien 101

Können Sie ruhig schlafen

wenn Sie wissen, daß in der Wohnung eines Ihrer Nachbarn eben

- » ein Mann stirbt
- » eine Frau an Gas erstickt
- » ein Kind verbrennt



Nein, Sie können es nicht!

Aber in Vietnam sterben täglich hunderte Männer, von amerikanischen Bomben und Granaten zerfetzt, ersticken täglich hunderte Frauen an amerikanischem Giftgas, verbrennen täglich hunderte Kinder im Feuer amerikanischer Napalmbomben!

Sie wenden ein, daß Vietnam von Österreich doch so weit entfernt ist?

Aber wird der Tod weniger schrecklich, wenn er in einem anderen Land wütet?

Vor 200 Jahren war Linz von Wien noch vier Tagesreisen entfernt.

Heute umkreist ein künstlicher Satellit in 90 Minuten die ganze Erde!

Die Erde ist klein geworden.

Vietnam ist Wien heute näher als früher Linz!

Auch die Vietnamesen sind heute unsere Nachbarn!

UND BEI DIESEN NACHBARN WÜTET EIN TOD, DER MORGEN AUCH DURCH UNSERE TÜREN TRETEN KANN! DAS GROSSE STERBEN, DAS HEUTE "NUR" DAS STERBEN VIETNAMESISCHER MÄNNER, FRAUEN UND KINDER SCHEINT,

KANN MORGEN AUCH IHR STERBEN,

DAS STERBEN IHRER ANGEHÖRIGEN,

DAS STERBEN IHRER KINDER WERDEN!

VERGESSEN SIE DAS NICHT!

Aber warum hält der Tod heute in Vietnam so reiche Ernte?

Die USA, die dorthin hunderttausende Soldaten schickten, behaupten, daß sie dort die Demokratie verteidigen -

- aber das ist eine abscheuliche Lüge, denn der Mann, den sie dort als "Regierungschef" eingesetzt haben und an der Macht halten, ist der faschistische Diktator General KY, der offen erklärt hat, daß Hitler sein Vorbild ist!

Die USA behaupten, daß sie in Vietnam die Freiheit schützen müßten -

- aber was kann das schon für eine "Freiheit" sein, die das südvietnamesische Volk so heftig ablehnt, daß 200.000 Mann bestbewaffneter US-Truppen und tägliche Kriegsausgaben von jetzt schon 20 Millionen Dollar nicht imstande sind, sie durchzusetzen?
- Was kann es schon für eine "Freiheit" sein, die sich in einer Kette von Staatsstreichen, in öffentlichen Hinrichtungen und sadistischen Grausamkeiten kundtut und gegen die hunderttausende Vietnamesen als Partisanen zur Waffe gegriffen haben?

Die USA behaupten, daß sie das südvietnamesische Volk vor dem Kommunismus schützen müßten -

- Aber hat das nicht auch Hitler gesagt, als er den Krieg gegen die Sowjetunion begann?

JEDES VOLK HAT DAS RECHT, SICH DIE REGIERUNG ZU GEBEN, DIE ES SELBER WÜNSCHT! NIEMAND HAT DAS RECHT, SICH DA EINZUMISCHEN!

- * Was würden Sie sagen, wenn morgen das sozialistische China erklären würde,
- * daß es das amerikanische Volk vor dem Kapitalismus schützen und deshalb
- * Bomben auf Washington oder New York werfen müsse?

Mit Recht hat sich die ganze Welt empört, als Hitler während des Zweiten Weltkrieges seine Truppen bis Afrika schickte, um die "Neuordnung" der Welt durchzuführen.

Aber Vietnam ist von den USA fünfmal so weit entfernt wie Nordafrika von Deutschland!

DIE USA-TRUPPEN HABEN IN VIETNAM NICHTS, ABER AUCH SCHON GARNICHTS ZU SUCHE! SIE MÜSSEN VON DORT VERSCHWINDEN - JE SCHNELLER, DESTO BESSER FÜR DEN FRIEDEN DER GANZEN WELT!

➤ Vietnam den Vietnamesen!
Österreich den Österreichern!
Amerika den Amerikanern! ➤

Was Vietnam betrifft, gibt es längst eindeutige internationale Verträge, die alle Streitfragen regeln. Man müsste sie nur respektieren! 1954 schlossen die Großmächte in Genf feierlich einen Vertrag ab, der vorsieht:

- 1) Sofortige Räumung Vietnams von allen ausländischen Truppen.
- 2) Durchführung demokratischer Wahlen in ganz Vietnam binnen zwei Jahren, um dem vietnamesischen Volk die Möglichkeit zu geben, über die Vereinigung seines Landes und die Einsetzung einer Regierung nach eigenem Geschmack zu entscheiden.

Wieso wurde dieser Vertrag gebrochen? Hugo PORTISCH, der Chefredakteur des "Kurier" - alles andere als ein Freund der Kommunisten - hat es in seiner jüngsten Artikelserie selbst zugegeben:

! Amerika und die von ihm an die Macht gebrachte (und inzwischen elfmal ausgetauschte!) Regierung des Diktators Diem haben diese Wahlen verhindert, weil sie zu ihren Ungunsten ausgegangen wären.

DESWEGEN mußten seither mehrere hunderttausend Vietnamesen sterben!
DESWEGEN wird Amerikas Jugend in den Dschungeln eines Landes am anderen Ende der Welt verheizt!

DESWEGEN steht die ganze Menschheit am Rande eines Gemetzels, dem gegenüber der Zweite Weltkrieg eine Kleinigkeit war!

In wenigen Tagen werden bei uns die Weihnachtskerzen brennen und wir werden den Menschen, die uns am nächsten stehen, mit einem Geschenk sagen:

■ "Ich liebe Dich! Dir gelten alle meine guten Wünsche! Ich möchte alles Leid von Dir fernhalten, möchte alles tun, um Dich glücklich zu sehen!"
■ Und gleichzeitig werden bei unseren vietnamesischen Nachbarn nicht die Kerzen, sondern die Wohnungen brennen, wird dort nicht der Geruch von Tannenreisig, sondern von verbranntem Fleisch aufsteigen, werden dort zahlreiche Menschen wie Du und ich nicht nur sterben, sondern wie Tiere verrecken, mit aufgerissenen Schlagadern und zerfetztem Gedärm im Straßenkot liegen!

Man kann vor dieser furchtbaren Tatsache die Augen schließen, kann krampfhaft zur Seite blicken - aber das Furchtbare wird dadurch um nichts weniger furchtbar und gegenwärtig!

Weihnachten sind das Fest der Liebe, nicht das des Egoismus und der Rücksichtslosigkeit. Denkt daran, wenn die Kerzen brennen:

SCHLUSS MIT DEM SCHMUTZIGEN KRIEG IN VIETNAM!

SCHLUSS MIT DEM MORDEN AN EINEM FÜR SEINE UNABHÄNGIGKEIT KÄMPFENDEN VOLK!

A M I S , H I N A U S A U S V I E T N A M ! ! !

Die Redaktion
"FUNKE"
Sprachrohr junger Marxisten

Die Redaktion
"ROTE FAHNE"
Tribüne der Marxisten-Leninisten
Österreichs